


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

REGIONALWAHLEN ERDÖL- UND ERDGASWIRTSCHAFT

■ KOMMENTAR		
Testlauf für die Dumawahlen	2	
Von Hans-Henning Schröder, Berlin		
■ TABELLEN ZUM TEXT		
Kandidatenregistrierung für den 13. März 2011 auf allen Ebenen	3	
Die Ergebnisse der Regionalwahlen vom 13. März 2011	4	
■ ANALYSE		
Russland und der Wandel der internationalen Erdgasmärkte. Die Bedeutung von Flüssiggas und Schiefergas	6	
Von Robert Orttung, Washington		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Erdöl und Erdgas: Russische Produktion und Exporte	9	
■ ANALYSE		
Nationale Ressourcen im globalen Kontext: Zur Internationalisierung russischer Öl- und Gaskonzerne	11	
Von Jonas Grätz, Berlin		
■ PRESSESTIMMEN		
Internationale Reaktionen auf die Kooperation von BP und Rosneft	14	
■ ANALYSE		
Russlands Exportpipelines: Diversifizierung oder Bestandssicherung?	18	
Von Andreas Heinrich, Bremen		
■ KARTE		
Russische Erdöl- und Erdgaspipelines nach Europa	22	
■ TABELLEN ZUM TEXT		
Russland Erdöl- und Erdgasexportrouten	23	
■ ANALYSE		
Der Energiedialog Russland – EU: 10 Jahre später	24	
Von Inna Chuvychkina, Bremen		
■ ANALYSE		
Kartellverfahren gegen russische Erdölfirmer in den Jahren 2008–2010	27	
Von Gyuzel Yusupova, Moskau		
■ DOKUMENTATION		
Der Staat als Eigentümer	29	
■ STATISTIK		
Russlands Erdöl- und Erdgaswirtschaft im internationalen Vergleich	31	
■ CHRONIK		
Vom 10. bis zum 24. März 2010	35	

KOMMENTAR

Testlauf für die Dumawahlen

Von Hans-Henning Schröder, Berlin

Am 13. März 2011 war in Russland »Einheitlicher Wahltag«. In 12 Regionen und in etwa 3.000 Kommunen wurden Volksvertretungen gewählt, für die über 50.000 Kandidaten antraten. Es war der Probelauf für die Dumawahlen im Dezember 2011, denen im Frühjahr 2012 die Präsidentenwahlen folgen werden. Diese Abfolge von Wahlen ist von erheblicher Bedeutung. Im Laufe des Jahres 2011 wird das Machtarrangement ausgehandelt, das für die nächsten sechs Jahre – solange amtiert der 2012 gewählte Präsident – gelten soll. Teil des Machtarrangements wird auch die Bestimmung des neuen Staatsoberhauptes sein, die intern erfolgt und dann durch den Wahlprozess legitimiert wird. Das war die Praxis der Jahre 1999 und 2007, von der man voraussichtlich auch 2011 nicht abgehen wird. Das Ergebnis der Dumawahlen wird erweisen, ob die Mehrheit der Bevölkerung das neue Machtarrangement akzeptiert, und die Präsidentenwahlen sind dann nur noch eine Formalie – wie in den Jahren 2000 und 2008.

Bei den Regionalwahlen am 13. März wurde erprobt, ob die dominante Partei »Einiges Russland« richtig aufgestellt ist und die »politischen Maschinen« vor Ort gut genug funktionieren, um auch ohne direkte Fälschung die erwünschte Mehrheit zu erreichen. Da in einer Reihe von Regionen die langjährigen Gouverneure abgelöst und durch neue ersetzt worden waren (der spektakulärste Fall war der Sturz des Moskauer Bürgermeisters Lushkow), galt es nicht unbedingt als sicher, dass die »politischen Maschinen« überall reibungslos arbeiten würden.

Im Vorfeld funktionierte die Wahlmaschine jedoch recht gut: »Einiges Russland« konnte 20.000 Kandi-

daten aufstellen, fünfmal so viele wie die Konkurrenz »Gerechtes Russland« oder die Kommunisten. Weniger als ein Prozent der aufgestellten Kandidaten von »Einiges Russland« wurden von den Wahlbehörden abgelehnt. Andere Parteien waren nicht so glücklich: fünf Prozent der kommunistischen Kandidaten und jeweils sechs Prozent der liberaldemokratischen Vorschläge und der Bewerber der Partei »Gerechtes Russland« wurden nicht zugelassen. Bei Jabloko betrug die Ablehnungsrate skandalöse 45 %, bei den »Patrioten Russlands« 20 %. Es war ganz deutlich, dass die Behörden die »Systemparteien« »Einiges Russland«, »Gerechtes Russland«, KPRF und LDPR bevorzugten, »Einiges Russland« aber besondere Privilegien einräumten.

Die Abstimmung war denn auch aus der Sicht der politischen Führung ein Erfolg. Wahlbeteiligung und Ergebnisse für »Einiges Russland« lagen zwar unter den Werten der Dumawahlen 2007, doch in der Mehrzahl der Föderationssubjekte über denen der vorhergehenden Regionalwahlen. Allerdings gab es auch zahlreiche Berichte über Manipulationen des Abstimmungsvorganges und Verstöße gegen das Wahlgesetz. Konstantin Kosatschow, Stellvertretender Sekretär des Generalrats von »Einiges Russland« und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Duma (ein international weit hin respektierter Politiker) zeigte sich besorgt – besorgt über zahlreiche Versuche, »illegal Druck auf die Wähler auszuüben, die vorgeblich im Namen von »Einiges Russland« erfolgen«.

Nun, die Dumawahlen können kommen.

Über den Autor:

Hans-Henning Schröder lehrt am Osteuropa-Institut der Freien Universität in Berlin »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«.

TABELLEN ZUM TEXT

Kandidatenregistrierung für den 13. März 2011 auf allen Ebenen (kommunal und regional) – Stand 28. Februar 2011

Antragsteller	Vorgeschlagene Kandidaten		Nicht registriert				Nichtregistrierte in % der jeweiligen Partei/Gruppe	Registrierte Kandidaten	
	absolut	in % Gesamtzahl	Regionalparlamente	Stadtoberhäupter	Stadtparlamente	Zusammen		absolut	in % Gesamtzahl
Einiges Russland	20.522	36,81 %	5	17	131	153	0,75 %	20.369	39,62 %
KPRF	4.060	7,28 %	26	14	176	216	5,32 %	3.844	7,48 %
LDPR	3.582	6,43 %	37	21	164	222	6,20 %	3.360	6,54 %
Gerechtes Russland	4.177	7,49 %	48	10	190	248	5,94 %	3.929	7,64 %
Rechte Sache	158	0,28 %	3	0	4	7	4,43 %	151	0,29 %
Jabloko	258	0,46 %	49	1	67	117	45,35 %	141	0,27 %
Patrioten Russlands	627	1,12 %	95	7	24	126	20,10 %	501	0,97 %
Selbstbewerber und gesellschaftliche Vereinigungen	22.361	40,11 %	172	570	2.500	3.242	14,50 %	19.119	37,19 %
Summe	55.745	100,00 %	435	640	3.256	4.331	7,77 %	51.414	100,00 %

Quellen: <http://www.kommerisant.ru/pda/kommerisant.html?id=i593741>

Die Ergebnisse der Regionalwahlen vom 13. März 2011 im Vergleich mit früheren Wahlen (Parteilisten)

1 = Wahlen am 13.3.2011; 2 = Dumawahlen am 2.12.2007; 3 = Vorhergehende Regionalwahlen

Region		Wahl- beteiligung	Einiges Russland	KPRF	LDPR	Gerechtes Russland*	Patrioten Russlands	Jabloko	Rechte Sache	Residuum (Andere Parteien)
Republik Adygeja	1	49,86 %	58,04 %	18,76 %	10,45 %	9,53 %				3,22 %
	2	60,98 %	70,97 %	12,22 %	5,86 %	5,23 %				5,77 %
	3	46,42 %	33,74 %	14,88 %	4,78 %	8,32 %				38,37 %
Republik Dagestan	1	84,82 %	65,21 %	7,27 %	0,05 %	13,68 %	8,39 %		5,09 %	0,31 %
	2	91,76 %	89,19 %	8,69 %	0,63 %	0,70 %				0,80 %
	3	80,78 %	63,67 %	7,22 %	0,81 %	10,68 %				17,87 %
Republik Komi	1	49,74 %	50,53 %	16,06 %	14,83 %	12,62 %	1,67 %			4,29 %
	2	65,18 %	62,06 %	9,53 %	11,42 %	8,41 %				8,65 %
	3	40,19 %	36,18 %	14,26 %	13,61 %	15,49 %				20,50 %
Gebiet Kaliningrad	1	43,25 %	40,78 %	21,40 %	12,58 %	10,09 %	8,49 %	2,44 %		4,22 %
	2	57,18 %	57,38 %	13,80 %	10,17 %	8,17 %				10,59 %
	3	36,64 %	34,12 %	15,09 %	7,53 %	8,91 %				34,44 %
Gebiet Kirow	1	47,52 %	36,69 %	22,35 %	17,14 %	21,06 %				2,76 %
	2	71,15 %	55,38 %	11,65 %	12,07 %	8,16 %				12,84 %
	3	43,95 %	28,54 %	15,11 %	14,58 %	16,59 %				25,27 %
Gebiet Kursk (vorläufiges Ergebnis)	1	52,34 %	44,75 %	21,53 %	12,32 %	14,75 %	1,82 %	1,51 %		3,32 %
	2	63,27 %	62,74 %	11,54 %	8,76 %	10,87 %				6,22 %
	3	43,34 %	37,36 %	11,28 %	6,88 %	12,41 %				32,09 %
Gebiet Nischnij Nowgorod	1	44,72 %	42,98 %	28,79 %	12,81 %	12,74 %				2,68 %
	2	57,28 %	60,63 %	12,58 %	8,61 %	10,54 %				7,69 %
	3	32,71 %	43,91 %	17,81 %	5,83 %	19,33 %				13,15 %
Gebiet Orenburg	1	47,63 %	41,54 %	21,44 %	15,46 %	17,01 %	1,72 %			2,83 %
	2	56,54 %	60,31 %	13,27 %	9,21 %	9,26 %				7,96 %
	3	38,57 %	40,44 %	16,60 %	8,27 %	9,42 %				25,33 %

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Die Ergebnisse der Regionalwahlen vom 13. März 2011 im Vergleich mit früheren Wahlen (Parteilisten) (Fortsetzung)

1 = Wahlen am 13.3.2011; 2 = Dumawahlen am 2.12.2007; 3 = Vorhergehende Regionalwahlen

Region	Wahl- beteiligung	Einiges Russland	KPRF	LDPR	Gerechtes Russland*	Patrioten Russlands	Jabloko	Rechte Sache	Residuum (Andere Parteien)
Gebiet Tambow	1	53,25 %	18,24 %	7,31 %	5,75 %				3,60 %
	2	69,26 %	19,17 %	7,68 %	5,89 %				7,52 %
	3	48,79 %	19,95 %	9,70 %	11,46 %				18,41 %
Gebiet Twer	1	37,86 %	24,65 %	11,01 %	21,27 %				3,28 %
	2	70,71 %	13,43 %	9,71 %	8,41 %				8,79 %
	3	34,25 %	14,69 %	7,41 %	12,61 %				32,09 %
Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen	1	44,75 %	13,38 %	23,56 %	13,88 %				5,11 %
	2	59,36 %	7,07 %	13,18 %	6,29 %				7,58 %
	3	41,60 %	9,24 %	10,53 %	9,07 %				16,64 %
Autonomer Bezirk der Tschuktschen	1	76,15 %	4,83 %	11,90 %	7,52 %				4,56 %
	2	80,07 %	3,05 %	7,44 %	2,77 %				10,16 %
	3	52,91 %	**	16,90 %	**				30,16 %

1 = Wahlen am 13.3.2011

2 = Dumawahlen am 2.12.2007

3 = Vorhergehende Regionalwahlen

* Für frühere Wahlen wurden die Ergebnisse der Parteien aufsummiert, die sich später zu »Gerechtes Russland« zusammenschlossen

** Nicht an den Wahlen teil

Quelle: Angaben des Kommersant <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1601151> und der regionalen Wahlkommissionen

Russland und der Wandel der internationalen Erdgasmärkte. Die Bedeutung von Flüssiggas und Schiefergas

Von Robert Orttung, Washington

Zusammenfassung

Der internationale Erdgasmarkt verändert sich in einem Ausmaß, das die meisten Beobachter bis vor wenigen Jahren nicht haben kommen sehen. Die USA haben neue Technologien entwickelt, mit denen die Produktion unkonventionellen Erdgases ausgeweitet wurde, während gleichzeitig Katar in großem Umfang den Export von Flüssiggas (LNG) aufnahm. Beides hat zu einer Reduzierung der Nachfrage nach russischem Gas geführt. Dadurch war Gazprom gezwungen, seine Exportpläne zu reduzieren und Verträge mit einigen seiner wichtigsten Abnehmer nachzuverhandeln. Das Unternehmen ist mit einer zunehmend unsicheren internationalen Marktumgebung konfrontiert.

Der rasante Wandel des globalen Erdgasmarkts

Die Schiefergasrevolution in den USA hat die Prognosen für die internationalen Erdgasmärkte und die Zukunft des russischen Erdgases gleichermaßen verändert. Bis zu Beginn der 2000er Jahre sahen alle Prognosen die USA als einen der größten Importeure von Erdgas. US-amerikanische Energieunternehmen bauten Häfen mit Regasifizierungsanlagen, um die aus dem Mittleren Osten erwarteten Schifflieferungen von Flüssiggas aufnehmen zu können. Dann entwickelten jedoch eine Reihe kleinerer Unternehmen in den USA neue Technologien in den Bereichen horizontales Bohren und hydraulisches Aufbrechen, die dem US-Markt Zugang zu enormen Mengen neuer unkonventioneller Erdgasvorkommen im eigenen Land verschafften. Mithilfe der neuen Produktionstechniken konnten die US-Erdgasunternehmen buchstäblich Gas aus Stein gewinnen und quasi aus dem Nichts wuchs ihr Anteil an der gesamten US-Produktion bis zum Jahr 2009 auf 20 %.

2005 erwarteten die meisten Analysten noch, dass die USA bis 2030 große Mengen Erdgas importieren würden. So geht etwa »Hard Truths«, eine Studie des National Petroleum Council von 2005, davon aus, dass die USA beträchtliche Erdgasmengen aus Russland, dem Mittleren Osten, Westafrika, Venezuela und Asien beziehen werden. 2010 waren die USA dann aber bereits in der Lage, den größten Teil ihres Bedarfs aus inländischen Quellen zu decken. Im Dezember 2010 begannen sie sogar, Erdgas in kleinerem Umfang nach Europa zu exportieren. Die Internationale Energieagentur (IEA) schätzt, dass die USA über 230 Billionen Kubikmeter Erdgasreserven in Form vor allem von Schiefergas verfügen. Auch China könnte 100 und Europa 30 Billionen Kubikmeter Reserven haben.

Während die USA die Schiefergasproduktion stark expandierten, steigerte Katar seine Produktions- und Exportkapazitäten im Bereich Flüssiggas. 2009 wur-

den hier – der staatlichen US-amerikanischen Energy Information Agency (EIA) zufolge – 91 Mrd. Kubikmeter Flüssiggas produziert, das ist dreimal soviel wie im Jahr 2000. Die gestiegene Gasproduktion war ursprünglich für die US-Märkte vorgesehen gewesen, die an diesen Importen jedoch nicht mehr interessiert waren, so dass Katar sich stattdessen hauptsächlich auf die rasch wachsenden chinesischen und indischen Märkte konzentrierte. Ein Drittel seiner Erdgasexporte geht jedoch auch nach Europa. 2009 erreichten die Flüssiggasimporte der EU mit 68 Mrd. Kubikmetern einen bisherigen Höchststand, der 13 % des Bedarfs der EU entsprach.

Die steigende Erdgasproduktion in Kombination mit einem Nachfragerückgang im Zuge der globalen Wirtschaftskrise von 2008 hat die internationalen Erdgasmärkte stark verändert. Es kam zu einem enormen Überangebot. Die Höhe dieses Überangebots, gemessen als Differenz zwischen dem tatsächlich gehandelten Exportvolumen und den Exportkapazitäten in Form von Pipelines und Terminals für Flüssiggas, betrug 2009 insgesamt 130 Mrd. Kubikmeter und wird laut dem Weltenergieausblick der IEA von 2010 bis zum Jahr 2011 auf mehr als 200 Mrd. Kubikmeter anwachsen.

Kurzfristig wird das Überangebot niedrigere Erdgaspreise nach sich ziehen. Da Gas aber eine sauberere Energiequelle als Kohle oder Öl ist, werden diese niedrigen Preise mittel- und langfristig eine höhere Nachfrage generieren, was möglicherweise zu einer stärkeren Auslastung der Produktions- und Exportkapazitäten führen wird. Das wiederum könnte längerfristig wieder steigende Preise bewirken, wenn Kohle und Erdöl durch Erdgas ersetzt werden.

Auswirkungen auf Russland

Diese sich wandelnden globalen Rahmenbedingungen betreffen auch die russische Erdgasindustrie: Zumindest kurz- bis mittelfristig ist die Nachfrage nach russischem Gas rückläufig. Im Jahr 2010 sind die russischen

Gasexporte nach Europa – der Nachrichtenagentur AFP zufolge – um 1,5 % auf 139 Mrd. Kubikmeter gesunken. Russland musste mit einigen seiner Hauptabnehmer über eine Reduzierung der vertraglich festgelegten Mindestabnahmemenge verhandeln. Doch obwohl die russischen Verkäufe nach Europa zurückgehen, ist das Bild, das sich für Russland in den Zeiten steigender Preise abzeichnet, nicht nur düster. Vielmehr ist Russlands gesamter Gasexport um 6% auf etwa 170 Mrd. Kubikmeter gestiegen. Dank der steigenden Lieferpreise ist der Wert der Erdgasexporte – der Bank von Finnland zufolge – sogar um noch eindrucksvollere 15 % auf 48 Milliarden US-Dollar gestiegen. Von ihrem Höchstwert, der 2005 mit 207 Mrd. Kubikmetern erreicht wurde, sind die russischen Gasexporte aber dennoch weit entfernt.

Russland musste auf die neuen Bedingungen reagieren. Traditionell verkauft Russland sein Gas gern in Form von Verträgen mit langen Laufzeiten, die »take or pay«-Klauseln beinhalten und den Preis des Erdgases an den Ölpreis koppeln. Die bei diesen Verträgen üblichen Laufzeiten von 20 bis 25 Jahren verschaffen Russland die Sicherheit, die es benötigt, um in massive Entwicklungsprojekte investieren zu können, die die Förderung neuer Gasvorkommen vorantreiben, die an der russischen Nordküste vermutet werden. Die »take or pay«-Klauseln verpflichten die Kunden zur Zahlung des Gases auch für den Fall, dass sie es nicht wirklich brauchen sollten, was eine zusätzliche Sicherheit für Russland bedeutet.

Mit dem Monopolisten Gazprom ist Russland in der Lage, gegenüber den europäischen Abnehmern mit einer geschlossenen, einheitlichen Position aufzutreten. Die Europäer dagegen haben lange gebraucht, um eine gemeinsame Energiepolitik zu koordinieren. Die größten Energieunternehmen von europäischen Schlüssel-mächten wie Deutschland, Frankreich und Italien verfolgen jeweils partikuläre Interessen, die sich von denen der Europäischen Union insgesamt unterscheiden. Die großen europäischen Unternehmen profitierten von den stabilen Vereinbarungen mit Gazprom und von hohen Preisen auf ihren Binnenmärkten, dank derer sie hohe Profite machen und gleichzeitig ihre Märkte schützen können. Die EU-Kommission versuchte dagegen, die Energieunternehmen in Produzenten und Pipelinebetreiber aufzubrechen und ihre regionalen Monopole zu beenden. Dazu sollte auch die Rolle der Spotmärkte vergrößert werden. Auf den Spotmärkten gibt es keine Verträge mit langer Laufzeit, hier können die Kunden das Gas dem Anbieter mit dem niedrigsten Preis sofort abkaufen und die Verkäufer können das Gas den Kunden verkaufen, die die höchsten Preise zu zahlen bereit sind.

Aufgrund des derzeitigen Überangebots an Erdgas sind die Spotpreise jetzt niedriger als die Lieferpreise in Gazproms langfristigen Verträgen. Die Liberalisierung des Erdgasmarktes bietet so derzeit offensichtliche Preisvorteile für europäische Verbraucher. Etliche europäische Energieunternehmen nutzen die Entwicklung auf den Spotmärkten auch, um Gazprom unter Druck zu setzen und zu günstigeren Preisen sowie einer Neuverhandlung der Lieferverträge zu bewegen.

Außerdem sorgen sich die europäischen Kunden um ihre Energiesicherheit und versuchen, ihre Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren. Sie erinnern sich noch gut an den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland 2009, der zu Liefereinstellungen in mehrere osteuropäische Länder geführt hat, die größtenteils oder komplett von den russischen Erdgaslieferungen abhängig waren. Russland baut derzeit Pipelines um die Ukraine herum und behauptet, dadurch die Probleme, die zu dem Pipelinekonflikt geführt haben, zu lösen. Einige europäische Beobachter fürchten die durch die höheren russischen Exportkapazitäten möglicherweise steigende europäische Abhängigkeit von Russland aber dennoch. Angesichts des gesunkenen europäischen Verbrauchs von russischem Gas ist für die absehbare Zukunft allerdings gar nicht klar, ob größere Pipelinekapazitäten von Russland nach Europa überhaupt Sinn machen.

Zur Aufrechterhaltung seiner konventionellen Erdgasproduktion wird Russland früher oder später enorme Investitionen tätigen müssen, um das Stokman-Gasfeld in der Barentssee weit im Norden sowie Lagerstätten auf der abgelegenen Jamal-Halbinsel nördlich des Urals zu erschließen. Wegen des Überangebots von Erdgas auf dem Weltmarkt sind Entscheidungen über eine Fortführung dieser Projekte derzeit ausgesetzt und es ist unklar, wann die russischen Entscheidungsträger und ihre potentiellen westlichen Partner bereit sein werden, sich festzulegen. Alternativ könnte Russland sich dafür entscheiden, dem amerikanischen Beispiel zu folgen und seine mutmaßlich umfangreichen Vorkommen an Schiefergas zu entwickeln. Diese könnten über wesentlich kleinere Investitionen erschlossen werden, als für die Entwicklung der konventionellen Offshore-Vorkommen nötig sind.

Zukünftige Entwicklungen

Das Schicksal der russischen Erdgaswirtschaft ist in hohem Maße von den Entwicklungen auf den internationalen Märkten abhängig. Zentrale Faktoren in diesem Zusammenhang sind die Rolle des Erdgases im Energiemix der Zukunft, die Entwicklung der europäischen Gasnachfrage und die des Schiefergassektors. Der Weltenergieausblick der IEA von 2010 geht davon aus, dass Erdgas in der Weltenergieversorgung der nächsten

25 Jahre eine entscheidende Rolle spielen wird. Erdgas ist der einzige fossile Energieträger, dessen weltweite Nachfrage für das Jahr 2035 höher veranschlagt wird als sie 2008 war. Dabei wird eine Nachfragesteigerung von 1,4 Billionen Kubikmetern oder 44 % gegenüber 2008 prognostiziert. Den größten Anstieg der Erdgasnachfrage soll es in diesem Zeitraum in China geben, wo ein Fünftel der Steigerung bis 2035 verortet wird. Der Mittlere Osten, der über relativ günstig zu förderndes Gas verfügt, wird seine Produktion bis 2035 voraussichtlich auf 800 Mrd. Kubikmeter pro Jahr verdoppeln. Etwa 35 % der neuen Gasproduktion werden nach der Prognose der IEA aus Schiefergasquellen in den USA und in der Asien-Pazifik-Region stammen.

Die europäische Gasnachfrage wird steigen, sobald sich die europäische Wirtschaft von der weltweiten Krise erholt hat. Diese Steigerung wird jedoch nicht mehr für so bald erwartet, und ein Wandel des Energiemixes hin zu erneuerbaren Energien könnte den Nachfrageanstieg dämpfen. Anouk Honore vom Oxford Institute for Energy Studies schätzt, dass die europäische Nachfrage bis 2020 um 0,6 % jährlich steigen wird. Bei diesem Tempo wird die EU bereits 2015 neue Gasquellen für ihre Versorgung auf tun müssen.

Die Entwicklung des Schiefergases bleibt eine unbekannte Größe. Es ist unklar, ob die USA in der Lage sein werden, mit der Produktion unkonventionellen Erdgas-

ses im bisherigen Umfang fortzuführen. Die USA verfügen über schätzungsweise 12 Billionen Kubikmeter Schiefergas. Die Energy Information Administration erwartet so u. a. aufgrund eines Anstiegs der Schiefergasproduktion bis 2035 eine weitere Reduzierung der momentan sowieso schon geringen Erdgasimporte der USA. Erhebliche Bedenken in Bezug auf die Bohrvorgänge, die bereits Trinkwasserreserven belastet haben, könnten das Wachstum der Schiefergasproduktion letztlich aber auch stoppen. Ebenfalls zentral für die weitere Entwicklung der Erdgasmärkte ist die Frage, ob auch in Europa die Schiefergasproduktion aufgenommen wird. EIA-Schätzungen zufolge verfügt Europa über 3 Billionen Kubikmeter Schiefergas (das sind 11 Prozent der weltweiten Reserven). Europa ist jedoch wesentlich dichter besiedelt als die USA und zunehmend um die ökologischen Folgen der Energieproduktion besorgt.

Die Manager von Gazprom würden den Status Quo gerne möglichst lange aufrechterhalten, denn sie haben enorm von ihm profitiert. Sie leben jedoch in einer unsicherer werdenden Welt mit zahlreichen Herausforderungen und Möglichkeiten und die Beschlüsse, die sie in den nächsten Jahren fassen, werden über das wirtschaftliche Wohlergehen des Unternehmens in den kommenden Jahrzehnten entscheiden.

Übersetzung: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Robert Orttung ist Assistant Director des Institute for European, Russian and Eurasian Studies an der Elliott School of International Affairs der George Washington University sowie Visiting Fellow des Center for Security Studies an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich.

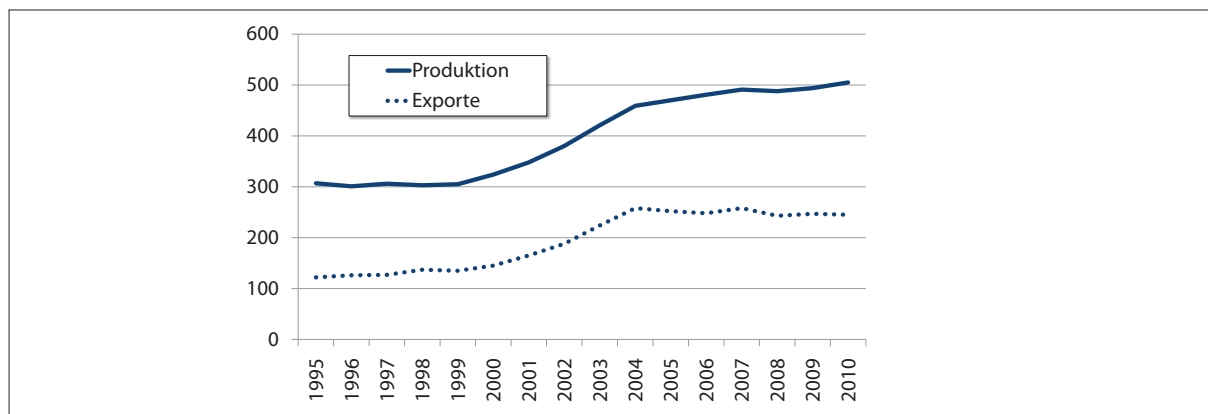
Lesetipps

- Paul Stevens, The 'Shale Gas Revolution': Hype and Reality, A Chatham House Report, September 2010.
<http://www.chathamhouse.org.uk/publications/papers/view/-/id/947/>
- Alan Riley, "Whither Gazprom—can Gazprom survive in a shale gas world?" Baltic Rim Economies, 28. Februar 2011.
<http://www.tse.fi/FI/yksikot/erillislaitokset/pei/Documents/BRE2011/BRE%201-2011%20final%2017.3.2011.pdf>
- Anouk Honore, "Economic recession and natural gas demand in Europe: What happened in 2008–2010?" Oxford Institute for Energy Studies NG 47, Januar 2011.
<http://www.oxfordenergy.org/pdfs/NG47.pdf>
- Anthony J. Melling, Natural Gas Pricing and Its Future: Europe as the Battleground, Washington: Carnegie Endowment for International Peace, 2010.
http://www.carnegieendowment.org/files/gas_pricing_europe.pdf

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

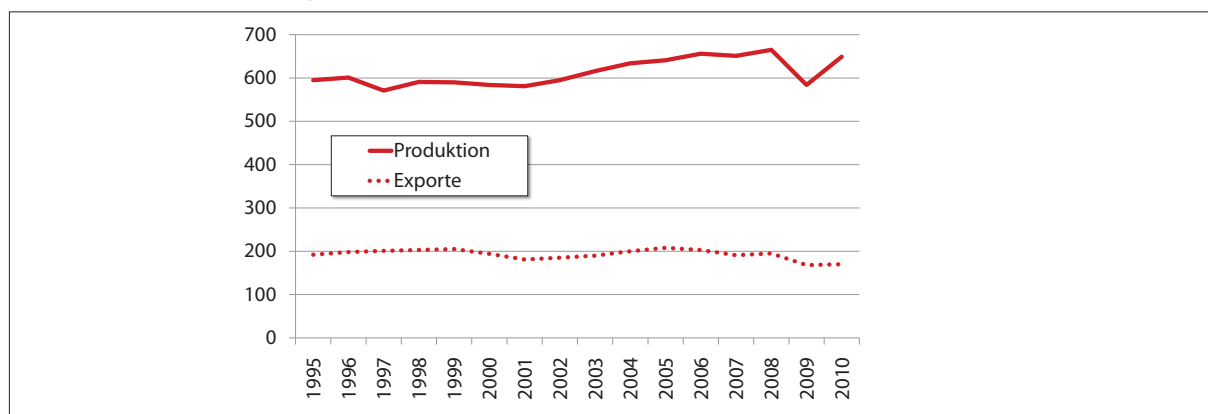
Erdöl und Erdgas: Russische Produktion und Exporte

Grafik 1: Russlands Erdölproduktion und -exporte 1995–2010 (in Mio. Tonnen)



Quelle: Staatlicher Russischer Dienst für Statistik

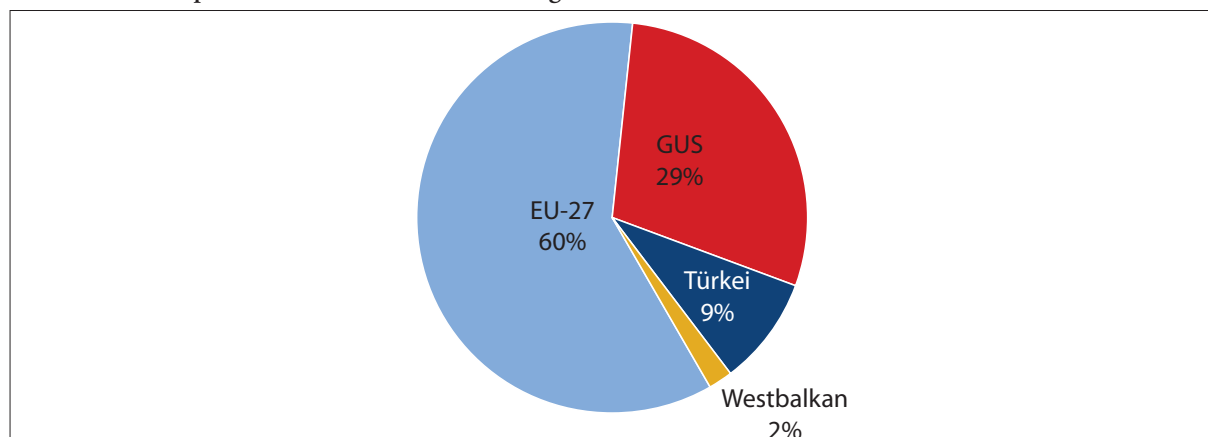
Grafik 2: Russlands Erdgasproduktion und -exporte 1995–2010 (in Mrd. Kubikmetern)



Quelle: Staatlicher Russischer Dienst für Statistik

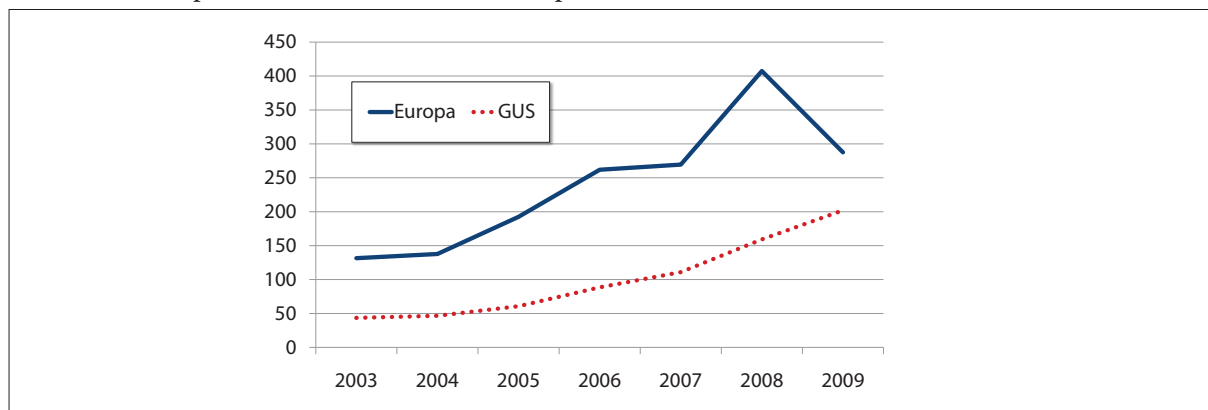
Gazproms Exporte

Grafik 3: Gazproms Auslandsverkäufe nach Regionen, 2009



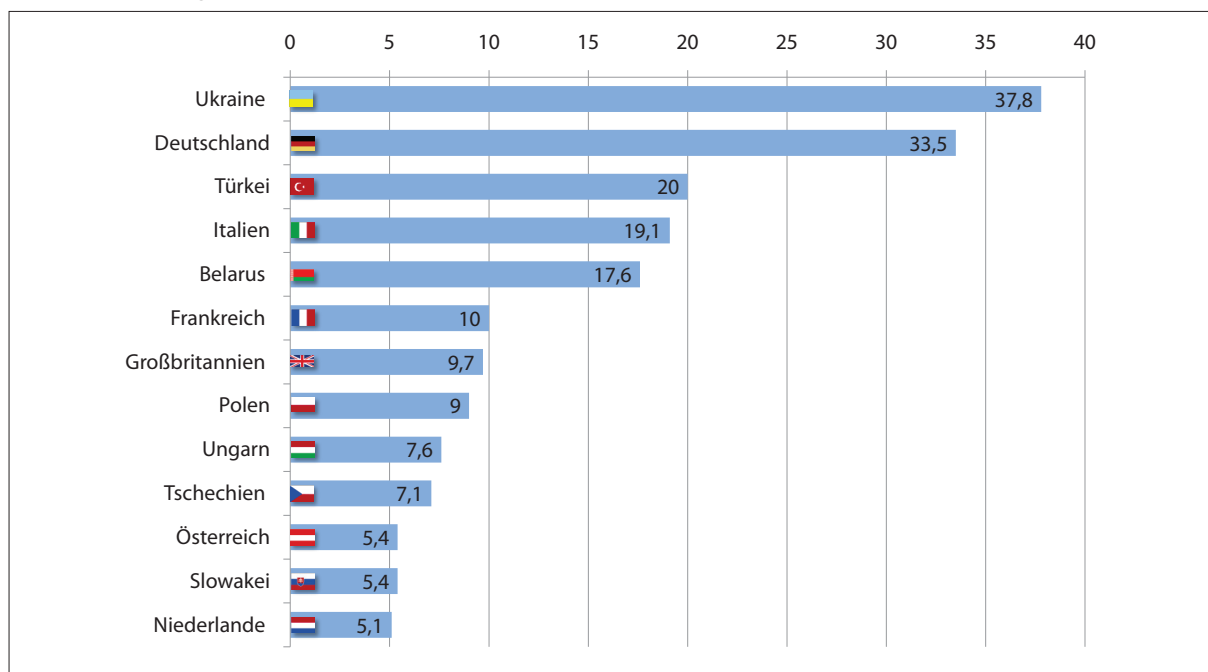
Quelle: eigene Berechnung nach Firmenangaben: http://www.gazprom.com/f/posts/55/477129/gazprom_databook-en_1h_2010_1.xls

Grafik 4: Gazproms durchschnittliche Verkaufspreise (ohne Steuern und Zölle, in US-Dollar für 1 Mio. m³)



Quelle: Gazprom, http://www.gazprom.com/f/posts/55/477129/gazprom_databook-en_1h_2010_1.xls

Grafik 5: Die größten Abnehmerländer Gazproms 2009 (in Mrd. m³)



Quelle: Gazprom, http://www.gazprom.com/f/posts/55/477129/gazprom_databook-en_1h_2010_1.xls

Nationale Ressourcen im globalen Kontext: Zur Internationalisierung russischer Öl- und Gaskonzerne

Von Jonas Grätz, Berlin

Zusammenfassung

Internationalisierung kann allgemein als ein Prozess beschrieben werden, bei dem Konzerne national verfügbare Vorteile wie Zugang zu natürlichen Ressourcen oder günstige Arbeitskraft mit den in einem anderen Land oder auf globalen Märkten verfügbaren Vorteilen kombinieren. Sie zielt dabei primär auf Kontrolle von Unternehmen in Drittländern, umfasst sekundär auch weichere Formen wie etwa strategische Partnerschaften. Die Internationalisierung russischer Öl- und Gaskonzerne ist dabei stark mit ihrem Verhältnis zu staatlichen Akteuren verbunden, die mittels der Vergabe von Lizenzen und anderer Mechanismen über die relativen Chancen der Konzerne im Inland entscheiden. Im Folgenden werden die unterschiedlichen Motive und Möglichkeiten der russischen Konzerne bei der Internationalisierung dargestellt. Im Mittelpunkt stehen dabei die drei größten russischen Konzerne Gazprom, LUKoil und Rosneft.

Rosneft – staatlich forcierte Internationalisierung

Der mehrheitlich staatliche Ölkonzern Rosneft ist bisher noch kaum international aktiv. Umso mehr überraschte der Mitte Januar 2011 bekannt gewordene Deal mit BP, der Rosneft eine Beteiligung von 5 Prozent an BP sichert. Währenddessen erhält BP 9,5 Prozent an Rosneft. Rosneft machte rasch deutlich, dass das Unternehmen diesen Schritt nicht als Portfolioinvestition betrachtet, sondern es auch um Kontrolle geht: Obwohl der eigene Anteil an sich nicht ausreicht, hat Russland bereits den Anspruch auf einen Sitz im Aufsichtsrat von BP angemeldet. Der zweite zentrale Aspekt ist der Austausch von Zugang zu Ölförderprojekten in der arktischen Karasee gegen Technologietransfer: Rosneft und BP werden ein Gemeinschaftsunternehmen zur Erkundung und Förderung sowie ein Technologiezentrum in Moskau gründen. Hier soll BP seine technologischen Fähigkeiten in der *off-shore*-Förderung mit russischen Experten teilen. Dieser Paketdeal ist das Muster für einen von der staatlichen Elite favorisierten forcierten Internationalisierungsprozess. Russland geht es dabei darum, den Zugang zu den nachgefragten eigenen natürlichen Ressourcen weitgehend zu monopolisieren, um maximale Hebelwirkung gegenüber ausländischen Investoren zu erzielen. Damit soll die eigene technologische Rückständigkeit ausgeglichen und die Internationalisierung ausgewählter russischer Konzerne forciert werden. Es werden also gezielt Barrieren für ausländische Investitionen errichtet, die für konkrete Akteure gegen Gegenleistung aufgehoben werden können. Durch die Regulierung des Zugangs zu Ressourcen versucht die politische Elite zu kontrollieren, wer zu welchen Konditionen in Russland investieren und welcher der russischen Konzerne an einem solchermaßen forcierten Internationalisierungsprozess teilhaben darf. Für die staatliche Rosneft ergeben sich so

die ersten Schritte auf das internationale Parkett – während andere russische Konzerne schon viel weiter sind.

Gazprom – Marktmacht und Kontrolle

Die Internationalisierungsstrategie des mehrheitlich staatlichen Gas- und Ölkonzerns Gazprom ist angesichts ihrer monopolistischen Position auf dem russischen Markt wesentlich »spontaner« als die der Rosneft. Die Stellung der Gazprom innerhalb Russlands veränderte sich auch nicht wesentlich im Zeitverlauf. Gleichzeitig kann Kontrolle über die Gasmärkte in Drittländern auf Grund der Marktstruktur auch leichter zu politischen Zielen genutzt werden. Die Strategie zielt vornehmlich auf die Sicherung von Marktmacht in Europa, da auf Grund niedriger Inlandspreise der Hauptteil des Umsatzes in der EU erwirtschaftet wird. Während weniger als 30 Prozent des von Gazprom produzierten Erdgases in die EU und die Türkei exportiert wird, erwirtschaftet Gazprom hier mehr als 60 Prozent des Umsatzes. Daher sind diese Absatzmöglichkeiten besonders wichtig für das Unternehmen.

In der Gasindustrie ist nicht die Produktion das Problem, sondern der Transport zu den Kunden. Wer den Zugang zur Pipeline kontrolliert kann auch über den Zugang zu den Kunden bestimmen. Für Erdgas bestanden daher oft nur verwaltete, aber keine Wettbewerbsmärkte. Auf solchermaßen isolierten Märkten ergeben sich von Preisdiskriminierung bis Lieferblockade verschiedene Strategiemöglichkeiten zur Sicherung der Absatzchancen, die auf Wettbewerbsmärkten nicht eingesetzt werden können. Dies macht die Internationalisierung auf Absatzmärkte für Produzenten attraktiv. Gleichzeitig zielen die Bemühungen der EU-Kommission auf die erstmalige Herstellung eines Gasmarktes. Kernstück der Reform ist die Idee, dass Pipelineinfrastruktur ein Gut ist, das allen interessier-

ten Parteien gegen die Zahlung einer Transportgebühr offen stehen sollte.

Gazprom begann noch vor Auflösung der Sowjetunion als erster russischer Akteur ausländische Unternehmen zu gründen und besitzt heute eine Vielzahl von Beteiligungen und Tochterunternehmen im Ausland. Am erfolgreichsten ist Gazprom dabei in Deutschland, wo die Internationalisierung schon 1990 begann. Damals tat sich das Unternehmen mit der BASF-Tochter Wintershall zusammen. Gazprom, die in Deutschland bisher nur an Ruhrgas verkaufte, strebte ihrerseits nach direktem Zugang zum Endkunden, da hier zusätzliche Margen abgeschöpft werden konnten. Auf dieser Grundlage beschloss man, ein Gemeinschaftsunternehmen zu gründen, das durch den Bau eigener Hochdruckpipelines Zugang zum Endkunden erreichen würde. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten belieferte Gazprom das Unternehmen mit etwas günstigerem Gas. Hier wurde also die Möglichkeit zur Preisdiskriminierung zum Zweck der Internationalisierung eingesetzt. Denn zunächst war es die deutsche Seite, die die Investitionen in die Pipelines finanzierte, während Gazprom nur Gaslieferungen garantierte.

Die aus der Kooperation entstandene Wingas hat in Deutschland heute einen Marktanteil von knapp 20 Prozent und ist auch in Belgien und Großbritannien tätig.

Fragt man nach der Rationalität dieses Vorgehens so wird deutlich, dass die Handlungen der Gazprom hier von den kurzfristigen Zielen der Maximierung von Gewinnen und Marktanteilen getragen waren. Zum einen ruft das Vordringen auf Absatzmärkte einen Interessenkonflikt hervor, da Gazprom als Produzent einerseits an hohen Preisen für Gas interessiert ist, während sie als Akteur auf Endkundenmärkten an einem höheren Marktanteil Interesse hat. Zum anderen bedeutete die Gründung der Wingas, dass erstmals Wettbewerb zwischen Gasanbietern in den bisher monopolistisch verwalteten deutschen Gasmärkten Einzug hielt. Gazprom konkurrierte so mit ihrem eigenen Gas, das sie im Rahmen von Langfristverträgen auch an Ruhrgas verkaufte. Dieser Wettbewerb half letztlich dabei, die Marktmacht des deutschen *de facto*-Importmonopolisten Ruhrgas und damit deren Möglichkeit zum Eingehen von Langfristverträgen zu unterminieren. Damit sägte Gazprom also selbst am Ast des Geschäftsmodells, das sie nun im Rahmen der Gasmarktliberalisierung der EU zu stützen sucht.

Die Strategie gegenüber den Transitländern Ukraine und Belarus ist derweil seit Jahren davon getrieben, größtmögliche Kontrolle über die Transitstrecken zu erlangen, die auf die lukrativen Märkte führen. Daher versuchte Gazprom hier, aufgelaufene Schulden in Anteile an Infrastruktur umzuwandeln oder durch Preis-

nachlässe Anreize für den Verkauf der Netze zu setzen. Dies gelang im Falle von Belarus, bis heute jedoch noch nicht in der Ukraine.

Auch die Strategie gegenüber Gasproduzenten in der GUS ist davon geprägt, die lukrativen Absatzmöglichkeiten zu schützen. Hier gilt es, den selbständigen Zugang der Produzenten zu neuen Märkten zu verhindern, da dies den eigenen Marktanteil und die Margen verringern würde. Wichtigstes Mittel hierzu ist die Sättigung der potentiellen Märkte durch den Bau eigener Exportpipelines. So lancierte Gazprom Ende der 1990er Jahre die Blue Stream Pipeline in die Türkei, um die Diversifikation Turkmenistans auf diesen Markt zu verhindern. Der russische Staat gewährte für das Projekt erhebliche Steuervergünstigungen. Dies sorgte dafür, dass das turkmenische Konkurrenzprojekt scheiterte und turkmenisches Erdgas weiterhin durch Russland in die Türkei gelangt. Bei dieser Strategie war die Partnerschaft mit der italienischen ENI zentral, da die Blue Stream sonst kaum auf den Boden des Schwarzen Meeres gelangt wäre.

Eine ähnliche Strategie versucht Gazprom nun mit der South Stream Pipeline von Russland nach Bulgarien zu wiederholen, auch wenn dieses Projekt bisher ohne kommerzielle Basis geblieben ist. South Stream und Nord Stream verkörpern jedoch eine neue Strategie der Gazprom, die auf langfristige Kundenbindung durch Verlegung von Unterseepipelines zu den Absatzmärkten zielt. Die Projekte zeichnen sich dadurch aus, dass sie erheblich teurer als mögliche Alternativrouten sind und deutliche Überkapazitäten erzeugen. Sie stärken also nicht nur die Position der Gazprom gegenüber den Transitländern Ukraine und Belarus, sondern erhöhen auch die Marktmacht der Gazprom in den Zielmärkten. Letzteres wird dadurch gewährleistet, dass Konzerne in den Zielmärkten am Projekt beteiligt werden und durch die Übernahme von Kosten und Risiken ein Interesse an dessen Auslastung entwickeln. Gleichzeitig verbleibt die Kontrolle bei Gazprom. Um die anfangs unwilligen Konzerne ins Boot zu holen nutzte Gazprom bei Nord Stream ihre Kontrolle über den Zugang zum russischen Gasmarkt: Gazprom stellte den Projektpartnern Ruhrgas und Wintershall jeweils 24,5 Prozent am Gasvorkommen Juhno Russkoe in Aussicht, wenn diese im Gegenzug in Nord Stream investieren würden. Bei Nord und South Stream handelt es sich letztlich um »Schwammprojekte«, die die Bindung der Abnehmer an den Lieferanten Gazprom erhöhen. Dies geschieht über die Einbindung von Akteuren in Zielmärkten, die für die Hälfte der Kosten aufkommen. Die hohen Investitionskosten der Pipelines transformieren sich für die Abnehmer nach der Investition in hohe Opportunitätskosten zur Nutzung alternativer Lieferanten. Durch

möglichst optimale Auslastung wird versucht, die hohen Kapitalkosten aus dem Schwammprojekt wieder herauszupressen. Die Pipelines saugen außerdem auf den Kapitalmärkten vorhandenes Kapital auf – es ist kaum zu erwarten dass sich Investoren für mehrere Pipelineprojekte finden lassen, die bei vorhandener Überkapazität den gleichen Markt beliefern. Diese Strategie verfängt jedoch nur bei entsprechend engen Gasmärkten.

Die Internationalisierungsstrategie der Gazprom ist also klar auf die Absatzmöglichkeiten gerichtet. Dazu ist für Gazprom die Kontrolle über Infrastruktur für Transport und Speicherung zentral. Dabei strebt sie nach dem Erhalt verwalteter und monopolisierter Märkte und ist wenig gewillt, neue Herausforderungen auf den Gasmärkten anzunehmen. Gazprom versucht eher reaktiv, die Chancen auf neuen Märkten zu nutzen, die durch die Liberalisierungspolitik der EU und wachsenden globalen LNG-Handel eröffnet werden.

LUKoil: Vom »Ölbotschafter Russlands« zum Relikt der 1990er Jahre

Der Ölkonzern LUKoil ist der am meisten internationalisierte Konzern Russlands. Anders als Gazprom ist er im Ausland nicht nur auf Absatzmärkten, sondern auch wesentlich stärker in der Öl- und Gasförderung und Erkundung tätig. LUKoil ist auch Russlands größter Steuerzahler. Die Motivation zur Internationalisierung ist von der von Gazprom grundverschieden, da der Handel mit Öl und Ölprodukten auf Märkten stattfindet, die nicht regional begrenzt sind und nicht leicht manipuliert werden können.

Während der 1990er Jahre war LUKoil lange Zeit der einzige international handlungsfähige russische Ölkonzern. Bei LUKoil stammte die Motivation zur Internationalisierung der Ölförderung in dieser Zeit aus den geringen Kosten, die die Ausweitung der Produktionsbasis dank der Abhängigkeit der zentralasiatischen Staaten von Russland verursachte. Russland konnte mittels der Kontrolle der Lieferrouen der zentralasiatischen Staaten auf Weltmärkte den Wert ihrer Ressourcen kontrollieren. Dies machte LUKoil eine Expansion in diese Märkte schmackhaft. In Kasachstan konnte LUKoil etwa die russische Kontrolle über Exportrouen für Erdöl im Westen des Landes und die Abhängigkeit Kasachstans von russischen Öllieferungen im Osten des Landes nutzen, um günstig Anteile an der Ölförderung und an Exportpipelines zu erlangen. Die obstruktive Haltung Russlands zum Rechtsstatus des Kaspischen Meeres war gleichzeitig hilfreich, um in Aserbaidschan an internationalen Konsortien beteiligt zu werden.

Während die Akquisition der Aktiva in Kasachstan und Aserbaidschan klar durch die Abhängigkeiten dieser neuen Staaten von Russland befördert wurde, ist

dies für den Erwerb von Raffinerien und Tankstellenetzen weniger deutlich. Beim Kauf von Raffinerien in Rumänien, Bulgarien und der Ukraine halfen lediglich technologische Pfadabhängigkeiten, die auf Grund der Ausrichtung der Raffinerien auf russisches Öl bestanden. Da in den meisten postsozialistischen Ländern überschüssige Raffineriekapazitäten vorherrschten, die auch nicht wettbewerbsfähig und daher hoch verschuldet waren, löste der Erwerb durch LUKoil das Problem der Versorgung und Modernisierung. Dadurch erreichte LUKoil rasch eine führende Position auf den Märkten für Ölprodukte im Balkan. In Bulgarien ist dies zudem mit einer Schlüsselstellung in der Volkswirtschaft insgesamt verbunden.

Im neuen Jahrtausend verlor LUKoil allmählich die privilegierte Stellung unter den russischen Ölkonzernen. Zunächst wuchs Jukos zu einem ernsthaften Konkurrenten mit globalen Ambitionen heran. Anschließend wurde Rosneft mit Hilfe des zerschlagenen Jukos-Konzerns zum größten russischen Ölkonzern aufgebaut. Der Zugang zu großen neuen Feldern innerhalb Russlands war nun vor allem Rosneft vorbehalten. Für LUKoil wurde die Förderung im Ausland in dieser Situation immer bedeutender. So setzte sie ihre Expansion in Kasachstan fort und begann neue Projekte im Gassektor Usbekistans. Dabei wurden sowohl Investitionen in Förderung als auch in Erkundung vorgenommen. Dabei spielten Druckmittel Russlands keine erkennbare Rolle mehr. Darüber hinaus kaufte LUKoil Anteile an Raffinerien in Italien und den Niederlanden, um die Weiterverarbeitungstiefe der eigenen Produktion noch mehr zu steigern. LUKoil erhielt also im Russland der 1990er Jahre erhebliche staatliche Starthilfe bei der Internationalisierung, die es anschließend zum Aufbau eines vertikal integrierten internationalen Konzerns nutzen konnte. Die zunehmende Marginalisierung innerhalb Russlands konnte LUKoil dabei durch Internationalisierung teilweise ausgleichen. Die Internationalisierungsstrategie der LUKoil steht damit heute im scharfen Kontrast zu Rosneft, die mit staatlich ausgehandelten Deals auf das internationale Parkett gehievt wird.

Auswertung

Die häufig diskutierte Frage, ob russische Konzerne bei ihrer Internationalisierung politische oder wirtschaftliche Interessen verfolgen, kann hier nur kurz gestreift werden. Aus der Betrachtung wird deutlich, dass die Internationalisierungsstrategie der Rosneft klar von wirtschaftspolitischen Zielen getragen wird. Dies zeigt sich einerseits darin, dass ein international und in *off-shore*-Projekten unerfahrener Akteur zur forcierten Internationalisierung genutzt wird. Andererseits wird darauf abgezielt, Entscheidungen bei BP mit zu beeinflussen.

Dahinter wird der Wunsch der politischen Führung sichtbar, selbst kontrollierte *global player* zu schaffen.

Die Strategie der Gazprom wird meist direkt von politischen Akteuren unterstützt und vorangebracht. Die Struktur der Gasmärkte bietet auch vielfältige Möglichkeiten zur politischen Instrumentalisierung. So lassen sich vor allem bei den Handlungen der Gazprom eindeutig politisch motivierte Strategien finden. Dies gilt etwa für die Einstellung der Lieferungen an die Ukraine, die Forderung sehr hoher »europäischer Marktpreise« und deren anschließende Ermäßigung gegen die Verlängerung der Basisrechte der russischen Schwarzmeerflotte in Sevastopol.

Die Strategie von LUKoil wurde von ihr selbst in den 1990er Jahren als politisch opportune Ausweitung russischer Präsenz in der Nachbarschaft verkauft. Heute wird jedoch deutlich, dass LUKoil zwar der am stärksten internationalisierte russische Konzern ist, aber immer weniger Unterstützung der russischen Führung erhält. Nur noch die mit ihr verbundenen Akteure sollen die in Russland vorhandenen Ressourcen zur Internationalisierung nutzen können. In diesem Kontext nimmt die globale Präsenz für LUKoil an Bedeutung zu. LUKoil ist damit heute der einzige russische Konzern in diesem Sektor, der als *global player* bezeichnet werden kann.

Über den Autor:

Jonas Grätz ist Mitarbeiter im Projekt »Kompetenznetzwerk Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus« an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, Forschungsgruppe Russland/GUS. Das Thema seiner Dissertation an der Goethe-Universität Frankfurt ist die Internationalisierung russischer Öl- und Gaskonzerne.

Lesetipps:

- *Christophe, Barbara* 1998: Von der Politisierung der Ökonomie zur Ökonomisierung der Politik. Staat, Markt und Außenpolitik in Rußland, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5: 2, 201–240.
- *Liuhio, Kari* 2010: Energy in Russia's foreign policy, Electronic Publications of Pan-European Institute 10/2010, Turku.
- *Vahtra, Peeter* 2006: Expansion or Exodus?—Trends and Developments in Foreign Investments of Russia's Largest Industrial Enterprises, in: Electronic Publications of Pan-European Institute 1/2006.

PRESSESTIMMEN

Internationale Reaktionen auf die Kooperation von BP und Rosneft

Reuters (London)

FOKUS 1-Ölkonzerne BP und Rosneft schmieden Allianz

14.1.2011, Tom Bergin

Laut BP-Chef Bob Dudley handelt es sich um die erste Überkreuzbeteiligung zwischen einem staatlichen Ölunternehmen und einem international agierenden Ölkonzern. Es sei »eine neue Vorlage dafür, wie Geschäfte in unserer Industrie ablaufen können«, sagte der Amerikaner, der einst das russische Joint-Venture TNK-BP geleitet hatte. Während BP durch die Partnerschaft auf neue Einnahmen hoffen kann, schließt Rosneft seine Technologie- und Fachkenntnis-Kluft zum Westen.

Quelle: *factiva Pressedatenbank*

Neue Zürcher Zeitung

Eine Allianz voller Ironie; Die Kooperation zwischen dem Energiekonzern BP und dem Staatsbetrieb Rosneft zeigt die Machtverschiebung an den Energiemärkten auf.

18.1.2011, Gerald Hosp

Der Einstieg eines Staatsunternehmens bei einem internationalen Erdölkonzern illustriert auch die Machtverschiebung an den Energiemärkten. Die Zeit der »sieben Schwestern«, wie die sieben mächtigen angelsächsischen Erdölkon-

zerne nach dem Zweiten Weltkrieg genannt wurden, ist längst vorbei. Die neuen »großen Brüder« sind Staatsbetriebe aus Ländern, in denen die Reserven liegen. Staatliche Erdölgesellschaften kontrollieren inzwischen mehr als 60 Prozent der weltweiten Förderung und rund 90 Prozent der Erdölreserven.

Quelle: http://www.nzz.ch/nachrichten/startseite/eine_allianz_voller_ironie_1.9131115.html

RIA Novosti (Moskau)

Unterschiedliche Reaktionen auf Arktis-Deal zwischen BP und Rosneft

17.1.2011

Zugleich bewertete Chris Huhne, [britischer] Minister für Energiewirtschaft und den Kampf gegen den Klimawandel, die Meldung über das geplante Abkommen zwischen BP und Rosneft als »eine gute Nachricht für Europa, die Energiesicherheit Großbritanniens und der ganzen Welt«. »Russland spielt heute eine Schlüsselrolle in der globalen Energiewirtschaft, weil auf dieses Land rund ein Fünftel der gesamten Gasproduktion und rund 13 Prozent der globalen Ölförderung entfallen«, stellte Huhne fest.

Quelle: *factiva Pressedatenbank*

The Wall Street Journal (New York)

BP Wins Coveted Russian Prize, to Fury of Rivals and Opponents

17.1.2011, James Herron

BP's experience in the Gulf of Mexico, "provided the company with one of its competitive advantages, which we will rely upon as we develop offshore," said Igor Sechin, Russia's Deputy Prime Minister and Chairman of Rosneft, on Friday. Russia's Prime Minister, Vladimir Putin, expressed the same sentiment in typically sardonic fashion by quoting the old Russian proverb: "One beaten is worth two unbeaten." [...]

So to characterize this deal as a final roll of the dice for desperate BP is incorrect. There are many risks—geological, political, financial, regulatory—but managing this stuff is what companies like BP do.

Quelle: <http://blogs.wsj.com/source/2011/01/17/bp-wins-coveted-russian-prize-to-fury-of-rivals-and-opponents/>

Spiegel Wirtschaft Online (Hamburg)

Neue Allianz. BP und Rosneft erkunden russische Arktis gemeinsam

16.1.2011

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace kritisierte die neue Allianz mit Rosneft und die geplanten Bohrungen in der Arktis: »Es scheint, das Unternehmen hat im vergangenen Jahr im Golf von Mexiko nichts gelernt«, sagte ein Vertreter der Organisation.«

Quelle: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,739774,00.html>

New York Times

Russia Embraces Offshore Arctic Drilling

15.2.2011, Andrew E. Kramer, Clifford Krauss

The ice pack and icebergs pose various threats to drilling rigs and crews. And if oil were spilled in the winter, cleanup would take place in the total darkness that engulfs the region during those months.[...] The BP agreement touched off little public reaction in Russia, in part because the environmental movement is weak but also because opposition politicians have no way to block or hinder the process.

Quelle: http://www.nytimes.com/2011/02/16/business/global/16arctic.html?_r=1

The Globe and Mail (Kanada)**BP-Rosneft deal a challenge for Canada in Arctic****18.01.2011, Nathan Vanderklippe**

In so doing, BP and Rosneft have set the stage for a sort of icy technological arms race that has raised important questions for Canada, which has long specialized in Arctic offshore exploration.

Quelle: <http://www.theglobeandmail.com/report-on-business/industry-news/energy-and-resources/bp-rosneft-deal-a-challenge-for-canada-in-arctic/article1873712/>

Frankfurter Rundschau**»Bolschoi Petroleum«****18.1.2011, Christian Esch**

Pikant ist schließlich auch das Zusammentreffen des Deals mit der Verurteilung von Michail Chodorkowski. Im Dezember erst wurde der Ex-Ölmilliardär in einem absurden Prozess zu einer zweiten Haftstrafe verurteilt. Beobachter sprachen von einem politischen Urteil, viele vermuteten Vizepremier Setschin dahinter. Dessen Rosneft-Konzern hatte am meisten von der Zerschlagung von Chodorkowskis Yukos-Konzern profitiert. Der BP-Rosneft-Deal »legalisiert faktisch den Yukos-Fall,« kommentierte die Moskauer Wirtschaftszeitung Wedomosti. Aber nach der Ölpest im Golf könne die Allianz BPs Reputation auch nicht mehr schaden – »der Konzern hat nichts mehr zu verlieren«.

Quelle: <http://www.fr-aktuell.de>

Süddeutsche Zeitung (München)**BP: Riskantes Spiel in Russland. Zwischen den Stühlen der Macht****02.02.2011, Andreas Oldag**

Die russischen Aktionäre des Gemeinschaftsunternehmens TNK-BP rebellieren gegen eine von Dudley vor kurzem eingefädelte Kooperation mit dem staatlichen, russischen Ölkonzern Rosneft. Der BP-Konzern ist unversehens in inner-russische Intrigenspiele geraten. [...] »Fridman und Co. spielen die beleidigte Braut«, so ein Londoner Ölhändler. Tatsächlich hat sich der Bräutigam – also BP – in eine verzwickte Lage manövriert, indem er an dem 2003 gegründeten Joint-Venture TNK-BP festhalten will, aber zugleich mit Rosneft anbandelt.

Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bp-riskantes-spiel-in-russland-zwischen-den-stuehlen-der-macht-1.1054626>

FSU Oil & Gas Monitor (Edinburgh)**Rosneft doesn't want TNK-BP as a partner for BP project****16.3.2011**

BP and Rosneft have been under fire from TNK-BP's Russian shareholders since mid-January, when they unveiled plans for a share swap and joint operations at three offshore blocks in the Kara Sea. AAR [BP's Russian partner in TNK-BP] representatives have argued that the shareholder agreement between the partners obligates BP to conduct all of its Russian business through the joint venture.

AAR has also taken legal action in a bid to stop the Kara Sea project by filing suit in the High Court of Justice, an arbitration tribunal in London. The court granted an injunction halting the deal in February and is expected to issue a ruling in early April.

Rosneft, for its part, said it had no intention of interfering in the dispute between BP and AAR. It stated, however, that it intended to defend its own interests. "Any activities aimed at disrupting the deal that cause damage to Rosneft will be closely examined. Based on such examination, Rosneft will undertake all measures to defend the rights of its shareholders, with all the resulting consequences," the company statement said.

Quelle: www.newsbase.com

New York Times**Russian Investors Seek to Block BP-Rosneft Deal****27.1.2011, Andrew E. Kramer**

It is unclear whether the legal action in London might be swiftly resolved, or whether this marks the opening moves in the type of protracted fight with TNK partners that plagued BP in Russia in 2008. Before that dispute, BP had signed a strategic cooperation agreement with another state energy giant, Gazprom, but that proved no help in what became a drawn-out battle with the AAR partners.

Quelle: <http://dealbook.nytimes.com/2011/01/27/russian-investors-seek-to-block-bp-rosneft-deal/>

Guardian (London)**Rosneft deals BP double blow****27.1.2011, Terry Macalister**

AAR fears BP's deal with Rosneft would undermine TNK-BP's ability to compete for projects both in Russia and abroad, and would tilt BP's commitment toward Rosneft. The oligarchs are believed to want any deal with Rosneft to be undertaken by TNK-BP, not BP alone. Industry analysts also say BP was taken aback by the new tie-up between Rosneft and Texas-based Exxon—the largest independent oil company in the world. That deal involves a \$1bn (£629m) investment by Exxon to develop oil fields in the Black Sea and is the first initiative in Russia since the giant Sakhalin-1 field in the far east of the country more than a decade ago.

Quelle: <http://www.guardian.co.uk/business/2011/jan/27/rosneft-deals-bp-exxonmobil?INTCMP=SRCH>

gazeta.ru (Moskau)**TNK-BP hat es bis zum letztmöglichen Termin verschoben****4.3.2011, Jekaterina Geraschtschenko**

Der korporative Konflikt zwischen Alfa Access Renova (AAR) und BP wird kaum das Geschäft zwischen BP und Rosneft verderben. »Um dies zu tun, bräuchte man eine starke politische Unterstützung«, versicherte der Analyst der [russischen Investmentfirma] »Troika Dialog« Walerij Nesterow.

Quelle: <http://www.gazeta.ru/business/2011/03/04/3545877.shtml>

Kommersant (Moskau)**TNK-BP konnte BP im Geschäft mit Rosneft nicht ersetzen****14.3.2011, Kirill Melnikow, Jelisaweta Kusnezowa**

Gleichzeitig sind die russischen Machthaber überzeugt, dass das Gericht das Geschäft zwischen BP und Rosneft nicht verhindern kann. »Wie auch immer die Entscheidung des Gerichtes ausfällt, der wir übrigens mit größter Hochachtung gegenüberstehen, Rosneft hat selbst das Recht zu bestimmen mit wem es zusammenarbeiten wird« – zitiert Interfax den Vorsitzenden des Rosneft-Aufsichtsrates, den stellvertretenden Ministerpräsidenten Igor Setschin. »Fragen der Rohstoffproduktion liegen in der Kompetenz der russischen Regierung, das Gericht hat damit nichts zu tun.«

Quelle: <http://www.kommersant.ru/Doc/1600364>

Zusammengestellt von Anna Michels

ANALYSE

Russlands Exportpipelines: Diversifizierung oder Bestandssicherung?

Von Andreas Heinrich, Bremen

Zusammenfassung

Russland hat in den letzten zehn Jahren seine Pipelineexportkapazitäten deutlich ausgebaut und weitere Projekte sind im Bau oder in der Planung. Als Begründung wird oftmals die Diversifikation der Exportrouten und Absatzmärkte angeführt. Im Folgenden werden bestehende und geplante Exportpipelines kurz vorgestellt. Danach wird analysiert, ob sie tatsächlich der Diversifikation der Exportwege dienen, bevor der Frage nachgegangen wird, ob Russlands Erdöl- und Erdgasproduktion ausreichen wird, um die Pipelines zu füllen.

Einleitung

Russland hat in den letzten zehn Jahren seine Pipelineexportkapazitäten deutlich ausgebaut und weitere Projekte sind im Bau oder in der Planung. Als Begründung wird oftmals die Diversifikation der Exportrouten und Absatzmärkte angeführt. Zum einen bemüht Russland sich seit längerem, seine große Abhängigkeit vom europäischen Absatzmarkt zu verringern; bis Ende 2010 liefen alle russischen Erdöl- und Erdgaspipelines ausschließlich nach Westen. Daher sind Pipelines zur russischen Pazifikküste und nach China geplant, um asiatische Märkte zu erschließen. Zum anderen setzt Russland auch alles daran, seine Abhängigkeit von Transitländern auf dem Weg zu europäischen Märkten zu reduzieren. Dies nicht zuletzt aufgrund wiederholter Konflikte mit Transitländern über ausstehende Zahlungen, Transittarife u. ä. Diese Konflikte (vor allem mit Belarus und der Ukraine) haben mehrfach zu Lieferunterbrechungen geführt.

Experten befürchten aber, dass Russland nicht in der Lage sein wird, all seine Pipelines mit Erdöl und Erdgas zu füllen, da die Produktion nicht mit dem Bau der Pipelines mithält. Dafür sind vor allem mangelnde Investitionen in Exploration und Produktion sowie die nationale Infrastruktur verantwortlich. Viele der bereits bekannten Vorkommen sind z. B. nicht an die bereits vorhandenen Pipelinenetze angebunden und können deshalb nicht ausgebeutet werden.

Die einzelnen Pipelines werden im Folgenden kurz vorgestellt. Einen Überblick geben die Tabellen sowie die Karte im Anschluss an diesen Beitrag.

Erdölpipelines im Überblick

Die sowjetische Erdölexportpipeline »Freundschaft« (Druzhba) wurde 1964 eröffnet und bildete die Grundlage für sowjetische und später russische Erdölexporte. Die Pipeline läuft von Tatarstan zur Raffinerie in Mozyr (Belarus) und teilt sich dort in einen nördlichen und einen südlichen Strang. Der nördliche Strang läuft durch Polen in die ehemalige DDR und dient der Belieferung der Raffinerien in Płock und Schwedt. Der südliche Strang führt in die Ukraine, die Slowa-

kei (mit einem Abzweig nach Ungarn) und die Tschechische Republik.

Bis zum Jahr 2006 wurde auch die litauische Raffinerie Mažeikiai und der lettische Verladehafen Ventspils von einer Abzweigpipeline von Unecha an der Grenze zu Belarus aus versorgt. Seitdem wird russisches Erdöl mit Hilfe des Baltischen Pipelinesystems (BPS) über russische Ostseehäfen exportiert.

Baltisches Pipelinesystem (BPS)

Der erste Abschnitt des BPS, als Verbindung der Druzhba Pipeline (in Zentralrussland) zum Verladehafen Primorsk nördlich von St. Petersburg, wurde im Jahre 2001 fertiggestellt und seitdem ausgebaut. Die Gesamtkapazität beträgt nun 76,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Der Bau einer zweiten Trasse von der russisch-belarussischen Grenze zum Verladehafen Ust-Luga westlich von St. Petersburg soll 2012 abgeschlossen sein und eine Kapazität von anfangs 30 Millionen Tonnen pro Jahr haben; die Kapazität soll später auf 38 Millionen Tonnen pro Jahr erhöht werden.

Trans-Balkan Pipeline (Burgas-Alexandroupolis)

Der Bosphorus ist aufgrund der Beschränkungen für die Zahl der passierenden Tankschiffe eine Engstelle für Erdölexporte von russischen Schwarzmeerhäfen auf dem Seeweg. Die zur Umgehung des Bosphorus geplante Erdölpipeline vom bulgarischen Burgas nach Alexandroupolis in Griechenland sollte ursprünglich im Jahre 2010 in Betrieb genommen werden; dieser wurde nun auf 2014 verschoben. Russland hält mit Transneft 51 % der Anteile, Bulgarien und Griechenland jeweils 24,5 %. Die rund 280 km lange Pipeline hat eine Kapazität von 35 Millionen Tonnen pro Jahr, welche auf 50 Millionen Tonnen ausgeweitet werden kann. Ausstehende Zahlungen aus Bulgarien in Höhe von 1 Milliarde Euro werden für die Verzögerung des Projektes verantwortlich gemacht.

Trans-Anatolien Pipeline (Samsun-Ceyhan)

Im Jahre 2009 beteiligte sich Russland (zusammen mit Italien und der Türkei) am Bau einer Ölpipeline vom

türkischen Schwarzmeerhafen Samsun zum Mittelmeerhafen Ceyhan. Dies war eine Reaktion auf das schleppende Vorankommen der Trans-Balkan Pipeline. Die Fertigstellung der Trans-Anatolien Pipeline mit einer Kapazität von 50–75 Millionen Tonnen pro Jahr soll 2015 erfolgen; die Kosten werden auf US\$1,5–3 Milliarden geschätzt.

Die Wirtschaftlichkeit dieser Pipeline würde zusätzliche Liefermengen von Russland zum Schwarzen Meer erfordern, etwa durch verstärkte kasachische Erdölexporte durch die CPC Pipeline zum russischen Verladehafen Novorossiisk, sowie auch die Erhöhung russischer Schwarzmeerexporte.

East Siberia–Pacific Ocean (ESPO)

Während russische Erdölexporte per Pipeline bisher ausschließlich nach Westen möglich waren, soll eine Exportpipeline von Ostsibirien zur russischen Pazifikküste nicht nur die ostsibirischen Ölfelder an das Pipelinennetz anbinden, sondern auch Absatzmärkte in der Asien-Pazifik-Region eröffnen.

Der erste Bauabschnitt von Taischet nach Skovorodino wurde Ende 2009 in Betrieb genommen; der Abschnitt ist 2760 km lang und hat eine Kapazität von 50 Millionen Tonnen pro Jahr. Der zweite Abschnitt von Skovorodino zum Verladehafen in der Kozmino Bucht nahe Nachodka, der 2014 fertiggestellt sein soll, ist 2100 km lang und wird eine Kapazität von 80 Millionen Tonnen pro Jahr haben. Bis zur Fertigstellung des zweiten Abschnitts wird Rohöl per Eisenbahn von Skovorodino zum Exporthafen nach Kozmino transportiert.

Die Fertigstellung des ersten Teilstücks der ESPO Pipeline ermöglichte zugleich den Bau einer Exportpipeline nach China. Dafür vergab die China Development Bank im Februar 2009 einen Kredit in Höhe von US\$25 Milliarden an die russischen staatlichen Unternehmen Rosneft (Produktion) und Transneft (Pipelinebetrieb), welche sich im Gegenzug zur Lieferung von 15 Millionen Tonnen Erdöl pro Jahr für die Dauer von 20 Jahren verpflichteten. Die Kreditvergabe sollte es den russischen Unternehmen ermöglichen, eine Ablegerpipeline vom fertiggestellten Teilstück der ESPO Pipeline zur Belieferung Chinas zu bauen und Rosneft bei der Erschließung seiner ostsibirischen Ölfelder zu helfen, deren Produktion durch die zu bauenden Pipelines exportiert werden soll. Die im Dezember 2010 fertiggestellte Verbindung von der ESPO Pipeline in Skovorodino nach China hat eine Länge von lediglich 67 km und eine Durchleitungskapazität von anfangs 15 Millionen Tonnen, die auf 30 Millionen Tonnen pro Jahr ausgebaut werden soll.

Erdgaspipelines im Überblick

Auch die sowjetischen Erdgasexporte wurden in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre durch den Aufbau eines weitverzweigten Pipelinennetzes ermöglicht, das die Sowjetunion ab Mitte der 1970er Jahren zu einem der großen Erdgasexporteure der Welt macht. Zentral sind hier die Pipelinesysteme »Bruderschaft« und »Nordlicht«, die von Russland über die Ukraine und Belarus nach Mitteleuropa verlaufen. Hinzu kommt die Trans-Balkan Pipeline, die von der Ukraine zum Balkan verläuft.

Nord Stream

Die 1200 km lange Nord Stream-Pipeline verläuft vom russischen Vyborg durch die Ostsee nach Greifswald in Deutschland. Die zwei parallelen Stränge haben eine Kapazität von jeweils 27,5 Milliarden Kubikmeter pro Jahr; der erste Strang soll Ende 2011 fertiggestellt werden, der zweite 2012. Die Projektkosten werden auf rund 12 Milliarden Euro geschätzt.

Das kontrovers diskutierte Projekt soll laut dem russischen Erdgasmonopolisten Gazprom die Abhängigkeit russischer Erdgaslieferungen von Transitstaaten wie der Ukraine und Belarus reduzieren. Mit diesen ist es in der Vergangenheit wiederholt zu Konflikten und – daraus resultierend – Lieferunterbrechungen gekommen.

South Stream

Auch die South Stream-Pipeline dient diesem Ziel. Das Pipelineprojekt befindet sich noch in der Planungsphase; mit einer endgültigen Entscheidung über den Bau der Pipeline wird gegen Mitte 2011 gerechnet. Die Pipeline soll bei vollem Betrieb (vier Röhren) eine Kapazität von 63 Milliarden Kubikmeter pro Jahr haben und 2015 fertiggestellt werden. Die Pipeline würde von Russland durch das Schwarze Meer nach Bulgarien verlaufen. In Bulgarien teilt sich die Pipeline: ein Strang wird nach Griechenland und Süditalien verlaufen, während der andere durch Serbien und den Balkan nach Zentraleuropa und Norditalien führen soll.

Das unterseeische Teilstück durch das Schwarze Meer würde 900 km lang sein und maßgeblich zu den geschätzten Baukosten von 15–25 Milliarden Euro beitragen. Die russische Seite verlautbarte, dass die Kosten des Projekts keine Rolle spielen. Dort wird das Projekt als strategisch eingeschätzt.

Während derzeit noch rund 80 % der Erdgasexporte nach Mittel- und Westeuropa durch die Ukraine transportiert werden, würde die Inbetriebnahme von Nord Stream und South Stream die Bedeutung der Ukraine als Transitland drastisch reduzieren. Das Land befürchtet eine Halbierung des Transitvolumens im Jahre 2015, sollten dann beide Pipelines in Betrieb sein. Zudem bedürfen die Transitleitungen aus sowjetischer Zeit drin-

gend der Modernisierung und können deshalb nicht mehr mit voller Kapazität genutzt werden – Tendenz abnehmend.

South Stream dient aber nicht nur der Umgehung der Ukraine sondern ist gleichzeitig ein Konkurrenzprojekt zur von der EU geförderten Nabucco-Pipeline, die Erdgas aus der Kaspischen Region unter Umgehung Russlands durch die Türkei nach Europa liefern soll. Die Inbetriebnahme von South Stream würde die Kapazitäten des Nabucco-Projektes überflüssig machen.

Altai Pipeline

Der Bau einer Erdgaspipeline nach China macht auch mehr als fünf Jahre nach Unterzeichnung der Absichtserklärung keine Fortschritte. Obwohl der Lieferbeginn für 2011 vereinbart wurde, musste dieser nun auf 2015 verschoben werden, da sich beide Seiten bisher nicht über den Preis für das zu liefernde Erdgas einigen konnten. Die sogenannte Altai Pipeline soll eine Kapazität von 30 Milliarden Kubikmeter pro Jahr haben und rund US\$ 12 Milliarden kosten. Die 2700 km lange Pipeline würde durch geologisch wie ökologisch sensibles Gelände verlaufen, was die Ausführung erschwert. Zudem befindet sich ein solches Projekt im Wettbewerb mit Turkmenistan, das bereits eine Exportpipeline nach China fertiggestellt und langfristige Lieferverträge unterzeichnet hat.

Nichtsdestotrotz wurde 2009 ein neues Rahmenabkommen über die Lieferung von 70 Milliarden Kubikmeter russischen Erdgases nach China pro Jahr unterzeichnet.

Diversifizierung oder lediglich Ausbau bereits bestehender Marktpositionen?

Die vorgenommene Bestandsaufnahme russischer Exportpipelines verdeutlicht, dass es sich lediglich bei den Pipelineprojekten in Richtung Asien, und speziell China, um eine Diversifikation der Exportrouten und Absatzmärkte handelt. Während eine Ölpipeline nach China Ende 2010 eröffnet wurde und der Tankerexport in andere asiatische Märkte absehbar ist, hat der Export von Erdgas bisher keine Fortschritte gemacht. Russland ist beim Erdgas nach wie vor vollständig auf den europäischen Markt ausgerichtet.

Zwar wurden die Absatzmärkte im Bereich Erdgas nicht diversifiziert, wohl aber die Exportrouten. Erdgas kann, sofern South Stream in Betrieb genommen wird, über drei Pipelinerouten nach Europa transportiert werden, die vollständig ohne Transitländer auskommen. Angesichts der wiederholt aufgetretenen Konflikte mit Transitländern in den letzten Jahren, die auch in Lieferunterbrechungen resultierten, ist dies ein nicht zu unterschätzender Aspekt der russischen Exportstrategie.

Zum anderen sollen auch konkurrierende Pipelineprojekte, wie die Nabucco Pipeline, ausgehebelt werden, indem Märkte bereits mit russischen Exporten beliefert werden und so die Wirtschaftlichkeit der Konkurrenzprojekte in Frage gestellt wird. Dies verdeutlicht auch die Tatsache, dass Baukosten in der russischen Exportstrategie nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Trotzdem stellt sich die Frage, ob sich Russland ungenutzte Pipelinekapazitäten leisten kann, wenn die Produktion von Erdöl und Erdgas nicht wie geplant ausgedehnt werden kann.

Können alle Pipelines gefüllt werden?

Offizielle Kreise in Russland sind zuversichtlich, dass die Erdöl- und Erdgasproduktion des Landes ausreicht, um all seine Lieferverpflichtungen einzuhalten. Zur Belieferung der Konsumenten seien aber neue Pipelines erforderlich.

Russland plant seine Erdgasproduktion 2011 auf 655 Milliarden Kubikmeter und 2012 auf 676 Milliarden Kubikmeter zu erhöhen. Laut Plan würden 2011 rund 208 Milliarden Kubikmeter und 2012 rund 212 Milliarden Kubikmeter Erdgas exportiert.

Die Erdölproduktion soll in den nächsten zehn Jahren bei über 500 Millionen Tonnen pro Jahr stabilisiert werden, während Erdölexporte auf 350 Millionen Tonnen im Jahre 2015 ansteigen sollen. Die im Jahre 2009 verabschiedete Energiestrategie Russlands sieht vor, die Erdölproduktion bis 2030 auf über 530 Millionen Tonnen pro Jahr zu steigern. Das Vankor Ölfeld in Ostsibirien, dessen Ausbeutung 2010 begonnen wurde, ist das größte Ölfeld, das in den letzten 25 Jahren in Russland unter Produktion genommen wurde. Es wird aber zur Belieferung der asiatischen Märkte genutzt werden, sprich das Öl wird über die ESPO Pipeline exportiert.

Es bleibt aber abzuwarten, ob die neuen Felder ausreichen, um die sinkende Produktion alter Felder nicht nur zu kompensieren, sondern die geplanten Exportsteigerungen zu ermöglichen. Die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris geht davon aus, dass Russlands Ölproduktion zurückgehen und im Jahre 2035 nur noch 460 Millionen Tonnen pro Jahr betragen wird. Aufgrund schwieriger klimatischer Bedingungen bei der Ausbeutung der neuen Felder, des dadurch größeren Investitionsvolumens sowie des steigenden heimischen Bedarfs sind die russischen Produktionsprognosen als zumindest optimistisch zu bezeichnen.

Trotzdem plant Russland beim Erdgas bis 2015 die jährlichen Pipelinekapazitäten um 148 Milliarden Kubikmeter zu steigern. So stünde 2012 eine Erdgasexportkapazität von rund 266 Milliarden Kubikmeter zur Verfügung, während das geplante Exportvolumen nur bei 212 Milliarden Kubikmeter liegt. Gegenwärtig liegt

die Exportkapazität bereits bei 239 Milliarden Kubikmeter. Rein rechnerisch würden somit die bereits bestehenden Pipelinekapazitäten für Erdgas ausreichen, um den erwarteten Exportanstieg zu meistern.

Die Exportkapazitäten für Erdöl sollen sich mehr als verdoppeln und bis 2015 um 203 Millionen Tonnen auf rund 354 Millionen Tonnen erhöhen. Dem steht ein geplanter Export von 350 Millionen Tonnen gegenüber. Die geplante Exportsteigerung bedarf also, sofern auf Pipelineexporte gesetzt wird, der Realisierung aller geplanten Projekte.

Zudem bleibt für beide Exportgüter zu bedenken, dass viele der in der Sowjetzeit gebauten Pipelines überaltert und modernisierungsbedürftig sind. Sie können teilweise nur noch mit verminderter Kapazität arbeiten. Von daher könnte zumindest der Bau einiger neuer Exportpipelines sinnvoll sein, um Kapazitätsengpässe in überalterten Pipelines entgegenzutreten. Experten schätzen allerdings eine Modernisierung des bestehenden Pipelinenetzes als kostengünstiger ein als einen Pipelineneubau. Eine Modernisierung würde aus russischer Sicht allerdings nicht zu einer Verminderung der Abhängigkeit von Transitländern beitragen, einem sehr wesentlichen Aspekt der russischen Exportstrategie.

Resümee

Während das veraltete Pipelinenetz aus der Sowjetzeit, das jahrzehntelang nur ungenügend modernisiert und gewartet wurde, sicherlich nicht mehr unter voller Aus-

lastung operieren kann, stellt sich doch die Frage, ob Russland wirklich all die sich im Bau oder in der Planung befindlichen Pipelineprojekte braucht, um seiner Rolle als großer Energieexporteur gerecht zu werden.

Von daher ist es sicherlich richtig, auch strategische Gründe für die neuen Pipelineprojekte zu unterstellen. Bereits seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Russland, Exportrouten zu erschließen, die auf Transitländern verzichten können. Die Pipelinekonflikte der letzten Jahre haben dieses Bemühen nur verstärkt. Transitländer-unabhängige Transportrouten sind daher durchaus als eine Verbesserung der Energiesicherheit in Europa zu betrachten.

Auf der anderen Seite nutzt Russland seine Pipelineprojekte auch, um Konkurrenzprojekte, wie die Nabucco Pipeline, zu neutralisieren oder zu verhindern. Das wiederum ist der Diversifizierung der Energielieferanten, die sich die EU auf die Fahnen geschrieben hat, abträglich.

Die vielen russischen Pipelineprojekte dienen also zum einen der Bestandssicherung der russischen Dominanz auf den europäischen Energiemärkten, zum anderen der Diversifizierung seiner Exportrouten hin zu Transitländer-unabhängigen Optionen. Eine Diversifizierung seiner Absatzmärkte erreicht Russland aber nur durch die ESPO Pipeline, die helfen wird, den asiatischen Markt für russisches Erdöl zu erschließen. Erdgas strömt nach wie vor nur in Richtung Westen.

Über den Autor

Dr. Andreas Heinrich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Lesetipps

- Heinrich, Andreas (2008) Under the Kremlin's thumb: does increased state control in the Russian gas sector endanger European energy security?, *Europe-Asia Studies*, 60(9): 1539–1574.
- Vatansever, Adnan (2010) *Russia's oil exports: economic rationale versus strategic gains*. Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace (Carnegie Papers No. 116).
- Russland-Analysen 204 (02.07.2010)
<http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../russland/pdf/Russlandanalysen204.pdf>
- Russian Analytical Digest 73 (23.02.2010)
<http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/details.cfm?lng=en&id=113103>

KARTE

Russische Erdöl- und Erdgaspipelines nach Europa



Quelle: Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.): Länderbericht Russland, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 2010, S. 338. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Bundeszentrale für politische Bildung.

TABELLEN ZUM TEXT

Russland Erdöl- und Erdgasexportrouten

Tabelle 1: Russlands Erdölexportrouten (Pipelinekapazität in Million Tonnen pro Jahr)

Pipeline	Route	Kapazität 2010	Kapazität 2015 (geplant)
Freundschaft (Sowjetisches Pipelinenetz)	Russland – Belarus – Ukraine – Mitteleuropa	ca. 60	ca. 60
Baltisches Pipelinesystem (seit 2001 in Betrieb)	Russland – russische Ostseeküste	76,5	114,5
ESPO-Abzweig nach China (seit 2010 in Betrieb)	Russland – China	15	30
ESPO (Inbetriebnahme geplant für 2014)	Russland – russische Pazifikküste	—	50–80
Trans-Balkan (Inbetriebnahme geplant für 2014)	Bulgarien – Griechenland	—	50
Trans-Anatolien (Inbetriebnahme geplant für 2015)	Türkei	—	50–75
Gesamtkapazität		151,5	354,5–409,5

Quelle: Forschungsstelle Osteuropa, Bremen – eigene Zusammenstellung.

Tabelle 2: Russlands Erdgasexportrouten (Pipelinekapazität in Milliarden Kubikmeter pro Jahr)

Pipeline	Route	Kapazität 2010	Kapazität 2012 (geplant)	Kapazität 2015 (geplant)
Bruderschaft (Sowjetisches Pipelinenetz)	Russland – Ukraine – Mitteleuropa	130	130	130
Nordlicht (Sowjetisches Pipelinenetz)	Russland – Belarus – Ukraine – Mitteleuropa	25	25	25
Trans-Balkan (Sowjetisches Pipelinenetz)	Russland – Ukraine – Balkan	20	20	20
Finnland Connector (Sowjetisches Pipelinenetz, ausgebaut 1999)	Russland – Finnland	20	20	20
Jamal-Europa (seit 1999 in Betrieb)	Russland – Belarus – Polen – Westeuropa	28	28	28
Blue Stream (seit 2002 in Betrieb)	Russland – Schwarzes Meer – Türkei	16	16	16
Nord Stream (Inbetriebnahme geplant für 2011)	Russland – Ostsee – Deutschland	—	27,5	55
South Stream (Inbetriebnahme geplant für 2015)	Russland – Schwarzes Meer – Balkan – Mittel- und Südeuropa	—	—	63
Altai Pipeline (Inbetriebnahme geplant für 2015)	Russland – China	—	—	30
Gesamtkapazität		239	266,5	387

Quelle: Forschungsstelle Osteuropa, Bremen – eigene Zusammenstellung.

Der Energiedialog Russland – EU: 10 Jahre später

Von Inna Chuvychkina, Bremen

Zusammenfassung

Im Oktober letzten Jahres haben Russland und die Europäische Union den 10. Jahrestag ihrer energiepolitischen Zusammenarbeit gefeiert. Der Weg zur Gestaltung des Energiedialogs war lang und schwer gewesen. Die Energiekooperation wird dabei zunehmend zu einem politischen Faktor. Dieser Artikel beleuchtet die wesentlichen Schwierigkeiten, die die (Weiter-) Entwicklung des Energiedialogs belasten.

Einleitung

Auf dem Russland-EU-Gipfel im Jahre 2000 wurde beschlossen, einen regelmäßig stattfindenden Energiedialog einzurichten, der die Interessen beider Seiten im Energiebereich ausgleichen und die Kooperation im Energiebereich zum gemeinsamen Vorteil weiterentwickeln sollte. Der Dialog sieht eine langfristige und strategische Zusammenarbeit zwischen Produzenten und Abnehmern vor allem im Öl- und Gasbereich vor. Zentrale Ziele sind die Schaffung eines stabilen Energiemarktes, die Gewährleistung sicherer Energieversorgung und die Optimierung der Energieeffizienz.

Kooperationsbedarf

Zentrale Voraussetzung für eine Kooperation von Russland und der EU im Energiebereich ist ihre wirtschaftliche Komplementarität. Zum Ausgleich ihrer Energiebilanz ist die Europäische Union auf russische Öl- und Gaslieferungen angewiesen. Der Importbedarf beim Erdgas wird zu 70 % durch Lieferungen aus Russland, Norwegen und Algerien gedeckt, wobei Russland mit Abstand die größte Rolle spielt. Die Staaten der EU sind jedoch unterschiedlich stark von russischen Energielieferungen abhängig, so dass einige europäische Länder wie etwa Finnland, die Slowakei und die baltischen Staaten bis zu 100 % ihres Gasimportes aus Russland beziehen.

Russland ist wiederum vom Export der Energieressourcen in die EU abhängig. Zum einen sind die bestehenden Transportwege zumeist auf den kaufkräftigen europäischen Markt orientiert. Zum anderen leisten die Einnahmen aus dem Energieexport einen wesentlichen Beitrag zu den russischen Staatseinnahmen und ermöglichen so die Finanzierung von Ausgaben im sozialen Bereich sowie die Entwicklung anderer Wirtschaftssektoren. Außerdem strebt Russland danach, ausländische Investoren und Lieferanten von Spitzentechnologien zu gewinnen. Die Energieinterdependenz ist somit ein wichtiger Bestandteil der russisch-europäischen Zusammenarbeit.

Diese Interdependenz hat einen langfristigen Charakter. Erstens ist der Transport größtenteils an Pipelines gebunden. Zweitens hat die Abhängigkeit der EU von Energieimporten einen langfristigen Charakter, weil die eigenen Rohstoffvorräte begrenzt sind und der Anteil

erneuerbarer Energie an der Energieproduktion immer noch verhältnismäßig klein ist.

Struktur und Mechanismen des Dialoges

Seitdem der politische Beschluss zur Energiekooperation im Jahr 2010 gefasst wurde, hat der Dialog einige Entwicklungsphasen durchgelaufen. In der Planungsphase wurde das Kooperationspotential eingeschätzt sowie Richtung und Aufgaben der Zusammenarbeit bestimmt. In der darauf folgenden Implementierungsphase wurde der Energiedialog institutionalisiert. Die zwischenstaatlichen Konsultationen werden regelmäßig im Rahmen des ständigen Partnerschaftsrates durchgeführt, der das koordinierende Organ darstellt. Strategische Entwicklungsrichtungen werden zweimal jährlich auf einem Gipfel beschlossen, an dem die Staats- und Regierungschefs teilnehmen. Es wurden zusätzlich drei Expertengruppen geschaffen, die sich mit Strategien, Prognosen zur Entwicklung der Energiemärkte sowie Fragen der Energieeffizienz beschäftigen.

Außerdem wurden im Rahmen des Energiedialogs mittlerweile drei weitere Programme ausgehandelt. Die im Jahre 2005 vereinbarte Roadmap beinhaltet zahlreiche Maßnahmen im Energiebereich mit dem Ziel, die Märkte beider Parteien zu integrieren. Auf dem Gebiet der Versorgungssicherheit wurde 2009 das Memorandum über die Bildung eines Frühwarnmechanismus verabschiedet, das zum operativen Informationsaustausch und zur rechtzeitigen Feststellung möglicher Probleme und Risiken im bilateralen Energiehandel beiträgt. Auf dem EU-Russland-Gipfel im Juni 2010 wurde schließlich das Projekt »Partnerschaft für Modernisierung« unterzeichnet, das die Förderung der wirtschaftlichen Modernisierung Russlands vorsieht.

Die Tendenz geht aber weitestgehend dahin, dass die meisten Deklarationen im Energiedialog nur auf dem Papier bleiben, während andererseits eine Reihe gemeinsamer Projekte im Energiebereich außerhalb dieses Dialogs verwirklicht wurde.

Fehlende Rechtsverbindlichkeit

Die Grundlage für die Zusammenarbeit im Energiedialog bildet das im Jahr 1997 in Kraft getretene Partner-

schafts- und Kooperationsabkommen (PKA), das 2007 abgelaufen ist und sich seither jährlich verlängert, wenn es nicht von einer der Vertragsparteien gekündigt wird. Der Energiedialog als solcher ist hier aber nicht rechtsverbindlich geregelt.

Eines der Dokumente, das ein rechtsverbindliches Energieregime zwischen Russland und der EU etablieren könnte, ist der Energiecharta-Vertrag. Es ist ein einzigartiges, rechtlich verbindliches, multilaterales Dokument und bezieht sich umfassend auf die Beziehungen zwischen energieexportierenden und -importierenden Ländern. Russland hat diesen, 1998 in Kraft getretenen Vertrag unterzeichnet, aber nicht ratifiziert. Trotzdem wurde der Vertrag von Russland bis 2009 vorläufig angewendet. Der Verzicht auf die Anwendung wurde im Sommer 2009 damit begründet, dass die Charta den Bedürfnissen der Energieimporteure entspricht und die Interessen der Exporteure nicht berücksichtigt. Die Kritik Russlands bezog sich auch auf die Wirkungslosigkeit der Charta beim Erdgaskonflikt mit der Ukraine am Jahresanfang 2009, als die ukrainische Partei die Vertragsbedingungen verletzte.

Auf dem EU-Russland-Gipfel in Brüssel 2010 ist inzwischen die Entscheidung getroffen worden, Russland in die Entwicklung der europäischen Energie-Roadmap 2050 einzubeziehen. Diese Roadmap bildet den langfristigen Rahmen für die EU-Energiepolitik und schafft Möglichkeiten zur Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energie. Die Roadmap wird als ein Instrument zur Koordination der Energiepolitik betrachtet. Die Einbeziehung Russlands in die Roadmap kann die Funktionsweise der beiden Energiemärkte verbessern. Aus europäischer Sicht steht die Versorgungssicherheit für die Abnehmerländer und eine stabile Nachfrage für Energielieferanten im Mittelpunkt. Konzeptionelle Differenzen über Energiesicherheit bergen aber ein erhebliches Risiko für den Energiedialog.

Divergierende Interessen

Russland möchte eine stabile Nachfrage durch langfristige Lieferverträge sichern. Die garantierten Einnahmen aus diesen Verträgen sollen Investitionen in die Erschließung neuer Vorkommen sowie in die Entwicklung der Transportinfrastruktur finanzieren. Die EU hingegen möchte ihre Energieversorgung durch Wettbewerb auf dem Binnenmarkt und Diversifizierung der Importoptionen sichern. Die EU erschwert so im Rahmen der Liberalisierung des Erdgasbinnenmarktes den Abschluss langfristiger Lieferverträge, die als Wettbewerbshindernis betrachtet werden. So wird auch versucht, durch Pipelines geliefertes Gas zunehmend durch auf Spotmärkten gehandeltes Flüssiggas zu ersetzen. Außerdem verstärkt die EU die Zusammenarbeit mit den Staaten

des Kaspischen Raumes, um ihre Energieversorgung zu diversifizieren.

Infolge der Finanzkrise war die Situation in den Jahren 2008–10 durch den Nachfragerückgang bei Gas gekennzeichnet. Russland musste seine Liefermengen in die EU reduzieren. Die langfristigen Lieferverträge beinhalten dabei keine Mechanismen, die es ermöglichen während der veränderten wirtschaftlichen Konjunktur flexibel zu sein. Die lange Zeit starre Haltung Gazproms bewirkte so Marktverluste in Europa.

Zusätzlich ergeben sich in der Region zwischen Russland und der EU auch außenpolitische Rivalitäten. Die EU möchte ihr Regulierungsmodell des Energiebinnenmarktes in benachbarte Staaten exportieren, um einen einheitlichen Rahmen der europäischen Energiepolitik unter Einbeziehung der Produzenten und Transitstaaten zu schaffen. Ein Programm zur Umsetzung dieses Zieles ist die Europäische »Nachbarschaftspolitik«, die sich auf die GUS-Staaten und die Länder der Mittelmeerregion erstreckt. Sie dient u. a. dazu, bilaterale Energiebeziehungen aufzubauen, *einen weichen Markteintritt durchzusetzen und die bestehende* Gesetzgebung dieser Länder im Sinne der EU-Regelungen zu harmonisieren. Russland dagegen hält das »nahe Ausland«, also die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, die nicht zu EU und NATO gehören, für seine Sphäre geopolitischer und wirtschaftlicher Interessen. Diese Rivalität zwischen der EU und Russland erschwert die Suche nach einer Balance und eine Einigung in sicherheitspolitischen Fragen.

Konfliktfälle

Die Liberalisierung des EU Binnenmarktes für Erdgas widerspricht in einigen zentralen Punkten den Interessen der russischen Energieproduzenten und hat deshalb wiederholt zu Konflikten geführt. Dabei geht es nicht nur um vermehrte Konkurrenz, etwa über Spotmärkte für Flüssiggas. Die EU-Erdgas-Richtlinie im dritten Energiepakt ordnet auch die Besitzverhältnisse neu und erlaubt die Diskriminierung ausländischer Unternehmen, falls sie den neuen Regeln nicht gerecht werden.

Innerhalb der EU müssen Energiekonzerne entweder Produktion und Transport in getrennte Unternehmen überführen, d. h. einen Bereich abstoßen, oder zumindest den geschäftlich unabhängigen Betrieb des Transportbereichs gewährleisten. Die Entflechtung von Produktion und Transport soll Monopolstellungen aufbrechen, indem Pipelines für alle Anbieter geöffnet werden. Außerdem enthält die EU-Richtlinie eine Klausel, die die Erfüllung der gleichen Entflechtungsanforderungen von ausländischen Energiekonzernen verlangt. Gazprom hat als Erdgasproduzent aber in Russland gleichzeitig eine Monopolstellung beim Pipelinetrans-

port, erfüllt die Bedingungen also nicht. Im Ergebnis können EU-Mitgliedsstaaten den Markteintritt Gazproms verhindern, da die Richtlinie die Diskriminierung eines Auslandsunternehmens erlaubt, wenn es den Voraussetzungen des dritten Energiepakets nicht entspricht oder wenn eine Gefahr für die eigene Energiesicherheit besteht. Letzteres öffnet politischen Interpretationen weiten Raum. Zwei Beispiele können die Folgen der Neuregelung demonstrieren.

In Litauen hat Gazprom einen Anteil von 37,06 % an dem Energieversorger »Lietuvos dujos«. Gazprom ist damit gleichzeitig Gaslieferant und Gasabnehmer. Als einziger Lieferant verkauft »Gazprom« das Gas zum Höchstpreis. Als Miteigentümer des Abnehmers hat Gazprom dementsprechend kein Interesse sich für ermäßigte Lieferpreise einzusetzen. Damit ergibt sich ein klarer Interessenkonflikt zum Nachteil der litauischen Verbraucher, wenn die Vorstandsvorsitzenden von »Lietuvos dujos« zugleich den Lieferanten und den Käufer des Gases vertreten müssen. Als 2007 die russischen Gaspreise für Litauen erhöht wurden, kam es zum offenen Konflikt. Der Konflikt wurde 2009 zusätzlich verschärft als die Entscheidung zur Trennung von Produktion und Transport getroffen wurde, was den Einfluss des russischen Konzerns reduzierte. Der Interessenkonflikt zwischen Produzent und Abnehmer wird so nachhaltig aufgelöst.

In Polen wurde die zentrale Erdgastransitpipeline Jamal-Europa von EuRoPolGaz betrieben, das jeweils zur Hälfte Gazprom und seinem polnischen Partner gehörte. Die Pipeline war über einen langfristigen Liefervertrag exklusiv für Gazproms Lieferungen in die EU reserviert. Auf Verhandlungen zur Verlängerung des Vertrages reagierte die EU 2010 mit der Drohung eines Verfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof wegen Verletzung der Wettbewerbsvorschriften. In Reaktion auf den Druck von Seiten der EU wurde der polnische Teil der Jamal-Pipeline im Oktober dem polnischen Unternehmen Gaz-System übertragen und Gazprom versicherte, dass die Pipeline auch für andere Produzenten offen sei. Zur Zeit ist aber nur Gazprom in der Lage, Erdgas zum Transport durch die Pipeline zu liefern. Die Entflechtung ändert hier also erst einmal nichts an der Monopolstellung des russischen Unternehmens. Das dritte Energiepaket kann erst dann zur Wettbewerbsförderung beitragen, wenn es alternative Lieferquellen gibt.

Russischer Investitionsbedarf

Während die EU so die Position Gazproms im Binnenmarkt schwächt, diskriminiert Russland ausländische

Investoren in der Erdöl- und Erdgasproduktion. Der russische Energiesektor ist intransparent, vergleichsweise geschlossen und rechtliche Regulierungen werden immer wieder als Druckmittel instrumentalisiert.

Der Energiesektor Russlands benötigt jedoch ausländische Investoren mit zusätzlichen Finanzmitteln und spezieller Fördertechnik für die Erschließung neuer Vorkommen, insbesondere auf dem Kontinentalschelf, aber auch für die Aufrechterhaltung des Förderungsniveaus und die Erweiterung des Pipelinenetzes. Dementsprechend bedarf es einer neuen Investitionsstrategie die die Rechte und Pflichten der Investoren verbindlich festlegt und Russland für Investoren attraktiv macht.

Auf dem Weltwirtschaftsforum 2011 in Davos hat der russische Präsident Dmitri Medwedew die Bildung eines Sonderfonds zur Mobilisierung ausländischer Investitionen angeregt. Um Investitionen anzuziehen, müsse das Risiko zwischen Auslandsinvestoren und dem russischen Staat durch Co-Investment geteilt werden. Struktur und Mechanismen des Fonds sind noch nicht ausgearbeitet, aber eine solche Initiative würde die Rückkehr von einer politischen zu einer wirtschaftlichen Ausrichtung der Energiekooperation einleiten.

Es gilt aber zu bedenken, dass im Rahmen des Energiedialogs keine effektive Zusammenarbeit von staatlichen Institutionen und Wirtschaftsvertretern stattfindet. Ein hoher Grad an Korruption, bürokratische Hürden und unklare Rechtslagen sind Probleme, die ausländische Investoren in Russland behindern. Diese Probleme können nicht im Rahmen des Energiedialogs gelöst werden.

Fazit

Auch nach zehn Jahren ist ein konstruktiver Dialog zwischen der Europäischen Union und Russland im Bereich der Energiekooperation nicht zustande gekommen. Trotz aller Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten sind die beiden Seiten aber weiterhin langfristig aufeinander angewiesen. Diese langfristige gegenseitige Abhängigkeit garantiert die Energieversorgungsicherheit und verhindert eine Eskalation von Konflikten. Eine konstruktive Zusammenarbeit auf Augenhöhe kann aber nur durch die Ausarbeitung verbindlicher Rechtsnormen erreicht werden. Jedoch haben die seit vier Jahren laufenden Verhandlungen über ein neues strategisches Abkommen bisher noch keine erkennbaren Fortschritte gebracht.

Über die Autorin:

Inna Chuvyckina ist Doktorandin an der Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen.

Kartellverfahren gegen russische Erdölfirmen in den Jahren 2008–2010

Von Gyuzel Yusupova, Moskau

Zusammenfassung

Die Änderungen des Wettbewerbsrechts in Russland haben dazu geführt, dass es als Instrument zur Preisregulierung auf dem Markt für Erdölprodukte eingesetzt werden kann. In den letzten drei Jahren hat die russische Kartellbehörde deshalb eine Vielzahl von Verfahren gegen die größten Erdölfirmen des Landes eingeleitet. Die Weiterentwicklung des Wettbewerbsrecht bedeutet so einen nachhaltigen Wandel der Position der großen Erdölfirmen auf dem russischen Binnenmarkt.

Einleitung

Die russische Erdölwirtschaft ist geprägt von vertikal integrierten Unternehmen, die in allen Bereichen von der Erdölförderung und -verarbeitung bis hin zu Transport, Marketing und Verkauf tätig sind. Der Marktanteil der vier größten vertikal integrierten Erdölfirmen (Lukoil, Gazprom Neft, TNK-BP und Rosneft) am russischen Binnenmarkt beläuft sich auf etwa 70 %. Unabhängige Anbieter haben auf dem Benzinmarkt einen Anteil von 20 %.

Die Beziehung der russischen Regierung zu den großen Erdölfirmen ist ambivalent. Einerseits ist Erdöl ein zentrales Exportgut mit einem Anteil von etwa 35 % an den russischen Ausfuhren und die Erdölwirtschaft leistet über Steuern und Zölle einen großen Beitrag zum Staatshaushalt. Da die Steuerlast der Erdölunternehmen an den Weltmarktpreis für Erdöl gekoppelt ist, profitiert der Staatshaushalt auch vom steigenden Ölpreis. Über eine Erhöhung der Verkaufssteuer auf Erdölprodukte wurden 2010 die Staatseinnahmen weiter vergrößert.

Andererseits stehen vor allem die daraus resultierenden steigenden Benzinpreise im Widerspruch zu den sozialen Zielen der russischen Regierung. Bei einem Durchschnittslohn von derzeit etwa 725 US-Dollar im Monat spüren die russischen Bürger Preisveränderungen bei Erdölprodukten deutlich. Die Regierung will deshalb gleichzeitig die Benzinpreise in Russland niedrig erhalten. Dies ist keine einfache Aufgabe, denn die Preise für Erdölprodukte in Russland sind niedriger als in den meisten europäischen Ländern. Gleichzeitig hat der Staat auch keinen direkten Einfluss auf die Preisgestaltung der Erdölfirmen. Durch die Reform des Wettbewerbsrechts im Jahr 2006 in Kombination mit später folgenden direkten Hinweisen von Ministerpräsident Wladimir Putin, dass das Wettbewerbsrecht Preissteigerungen verhindern könnte, wurde die Wahrung von Preisstabilität zur zentralen Aufgabe der Kartellbehörde.

Die Vorwürfe der Kartellbehörde

Seit September 2008 hat die russische Kartellbehörde (der Föderale Anti-Monopol-Dienst, FAS) in zwei Wellen eine Vielzahl von Verfahren gegen die vier größ-

ten Erdölfirmen des Landes eingeleitet, von denen bisher etwa 100 abgeschlossen wurden. Bei den Verfahren gegen die vier Firmen waren drei Anschuldigungen zentral: Erhebung von Monopolpreisen, Preisdiskriminierung gegenüber Großhandelskunden sowie ungerechtfertigte Angebotsverknappung.

Die entsprechenden Praktiken fallen im russischen Wettbewerbsrecht unter den Tatbestand des Missbrauchs einer Monopolsituation. Aber erst mit der Einführung der Definition einer gemeinschaftlichen marktbeherrschenden Position in das Wettbewerbsrecht durch die Reform des Jahres 2006 konnten die entsprechenden Tatbestände auch auf die vier großen Erdölfirmen bezogen werden. Eine gemeinschaftliche marktbeherrschende Position ist nun gegeben, wenn einige wenige Unternehmen auf Märkten mit hohen Zugangsbarrieren und leicht zugänglichen Preisinformationen aktiv sind. Die konkrete Grenze ist dabei ein Marktanteil von über 50 % bei drei Unternehmen bzw. ein Marktanteil von über 70 % bei maximal fünf Unternehmen, wobei jedes einzelne Unternehmen einen Marktanteil von über 8 % haben muss. Da die vier größten Erdölfirmen in der Verarbeitung der Erdölprodukte einen Marktanteil von über 70 % haben, ist es offensichtlich, dass sie unter die Definition der gemeinschaftlichen Marktbeherrschung fallen.

Die Kartellverfahren

Die erste Welle von Verfahren wurde im Herbst 2008 vor allem mit der Erhebung von Monopolpreisen im Großhandel, d. h. gegenüber Tankstellenbetreibern, in der ersten Jahreshälfte begründet. Die Strafen gegen die angeklagten Firmen folgten dem 2007 geänderten Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, welches für den Missbrauch einer Monopolstellung eine Strafe von bis zu 15 % des Firmenumsatzes vorsieht. Bis zum Jahresanfang wurden die vier Erdölfirmen insgesamt in den Kartellverfahren zu Strafen in Höhe von 15 Mrd. Rubel (ca. 375 Mio. Euro) verurteilt. Etliche Verfahren sind aber noch nicht abgeschlossen, so dass sich diese Summe noch deutlich erhöhen kann. Zusätzlich hat die Kartellbehörde Auflagen zur Wiederherstellung des Wett-

bewerbs erlassen. Diese bezogen sich unter anderem auf den Verkauf von Erdölprodukten über Warenbörsen sowie ein Verbot von Angebotsreduzierungen und Preiserhöhungen.

Die Erdölfirmen haben die von der Kartellbehörde verhängten Strafen sowie die Auflagen zur Wiederherstellung von Wettbewerb bis zum Höchsten Schiedsgericht angefochten. Nach dem Beschluss des Höchsten Schiedsgerichtes zum Verfahren gegen TNK-BP im Mai 2010 wurde jedoch klar, dass sich die Position der Kartellbehörde durchsetzen würde.

Die erste Welle der Kartellverfahren bezog sich auf die Großhandelspreise. Die Senkung der Großhandelspreise wurde aber aus Sicht der Kartellbehörde vom Einzelhandel nicht an die Verbraucher weitergegeben. Die Differenz zwischen Großhandels- und Einzelhandelspreis stieg so nach ihren Daten zum Jahresanfang 2009 und erneut im Sommer 2009 erheblich. Es entstand der Eindruck, dass die Einzelhandelspreise relativ schwach auf die Maßnahmen der Kartellverfahren gegen die großen Erdölfirmen reagiert hatten.

Die zuständigen regionalen Abteilungen der Kartellbehörde leiteten so im Februar 2009 die zweite Welle der Kartellverfahren ein, indem sie gegen 251 Firmen in 50 Regionen Russlands aktiv wurden. Die verhängten Strafen summierten sich auf über 20 Mrd. Rubel

(ca. 500 Mio. Euro). Wieder ging die Revision bis zum Höchsten Schiedsgericht, das mit seiner Entscheidung gegen Gazprom Neft im Februar 2011 erneut die Position der Kartellbehörde bestätigte.

Resümee

Im Laufe der mittlerweile mehr als zweijährigen Ermittlungen haben die Organe der Kartellbehörde eine beispiellose Aktivität gezeigt, die im Vergleich zu anderen Exekutivorganen bewundernswert erscheint. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Änderung des Wettbewerbsrechts zu einem Instrument gegen hohe Preise machte. Die Einführung der Definition der gemeinschaftlichen Marktbeherrschung ermöglichte es, gegen die vertikal integrierten Erdölfirmen kartellrechtlich vorzugehen, und erleichterte die Beweisaufnahme. Die Erhöhung der Strafen schaffte schließlich ein erhebliches Drohpotenzial.

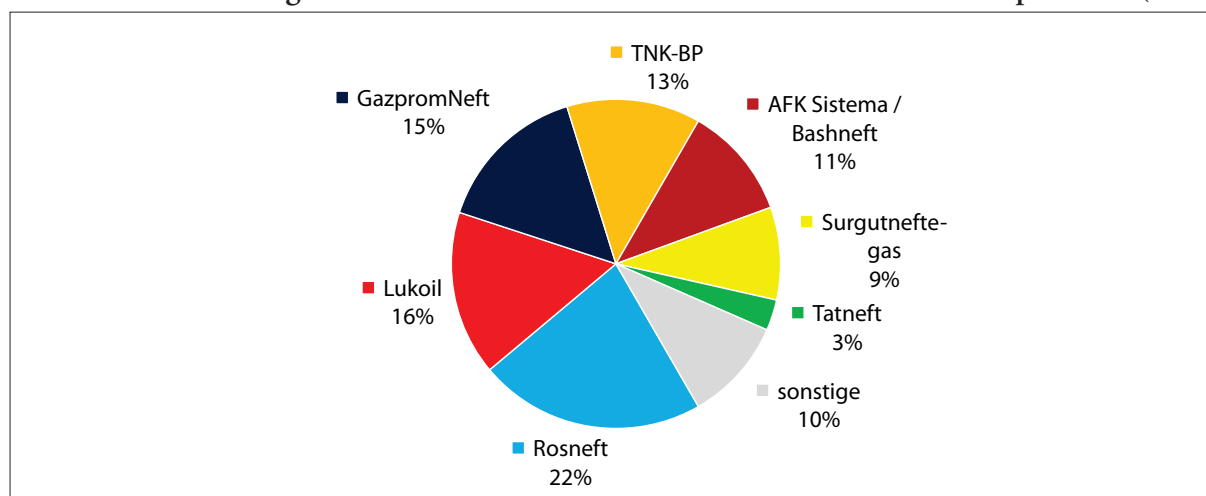
Die Novellierung des Wettbewerbsrechts veränderte so die Spielregeln für die großen Erdölfirmen auf dem russischen Binnenmarkt. Viele Experten sind jedoch skeptisch, ob die Anwendung des Wettbewerbsrechts zur Verhinderung von Preiserhöhungen sinnvoll ist und der eigentliche Zweck, nämlich der Wettbewerbsschutz, dabei nicht vernachlässigt wird.

Übersetzung aus dem Russischen: Vitali Badalov

Über die Autorin

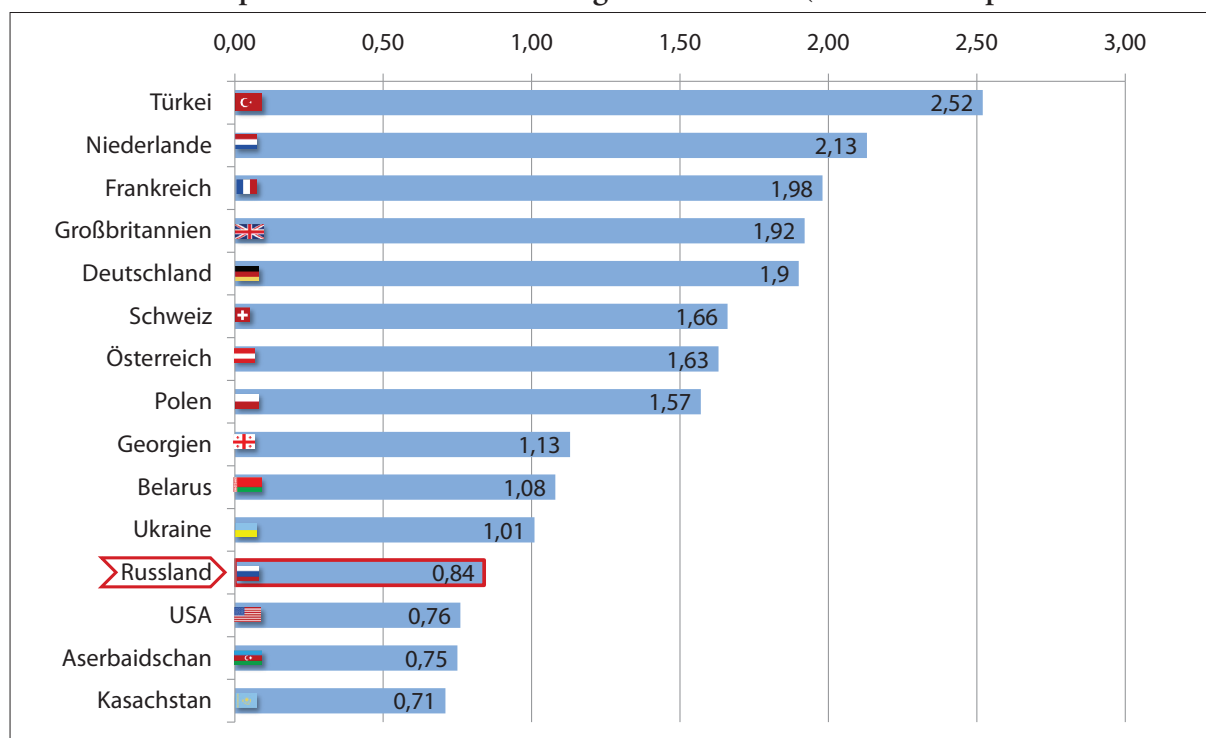
Dr. Gyuzel Yusupova ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts zur Analyse von Unternehmen und Märkten und Dozentin an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der National Research University – Higher School of Economics in Moskau. Der Beitrag wurde im Rahmen des von der Universität im Bereich der Grundlagenforschung geförderten Projekts »Aktive und vorbeugende Maßnahmen der Wettbewerbspolitik: komparative Vorteile« verfasst.

Grafik 6: Anteil der großen Erdölunternehmen an den russischen Raffineriekapazitäten (2010)



Anm.: Nur Raffinerien mit einer Kapazität von mindestens 50,000 barrels per day (bpd). Minderheitsanteile an Raffinerien wurden nicht berücksichtigt.

Quelle: Forschungsstelle Osteuropa, nach Unternehmensangaben

Grafik 7: Benzinpreise im internationalen Vergleich Nov. 2010 (Einzelhandelspreis in US-Dollar)

Quelle: GIZ, <http://www.gtz.de/de/dokumente/giz2011-international-fuel-prices-2010-2011-data-preview.pdf>

DOKUMENTATION

Der Staat als Eigentümer

In der sowjetischen Planwirtschaft waren die Unternehmen der Erdöl- und Erdgaswirtschaft lange Zeit von einem gemeinsamen Ministerium verwaltet worden. Nach dem Ende der Sowjetunion ging die Entwicklung der Eigentümerstruktur jedoch unterschiedliche Wege.

Die Erdgaswirtschaft wurde bereits 1989 fast vollständig in den staatlichen Konzern Gazprom überführt. Im Ergebnis erhielt Gazprom in Russland ein Monopol in den Bereichen Produktion, Transport und Export von Erdgas. In den 1990er Jahren wurde Gazprom teilprivatisiert. Der Staat behielt jedoch formal die Kontrolle über das Unternehmen. De facto schuf sich das alte Management aber Freiräume, die es u. a. auch für Unterschlagungen nutzte. Unter Präsident Putin wurde dann mit dem Wechsel des Managements die staatliche Kontrolle über den Erdgaskonzern wieder hergestellt. Aufgrund der Monopolstellung Gazproms dominiert der Staat im Bereich der Erdgasproduktion.

Die Vormachtstellung Gazproms wird jedoch durch die dynamische Entwicklung von unabhängigen Produzenten, sowohl neugegründeten Privatunternehmen als auch Erdölfirmen, die assoziiertes Gas vermarkten, schrittweise reduziert. Im Ergebnis ist der Anteil Gazproms und damit auch der des Staates an der Erdgasproduktion seit Ende der 1990er Jahre langsam aber stetig zurückgegangen. Während er 1998 noch bei 94 % lag, betrug er 2009 nur noch 79 %.

Die Erdölwirtschaft hingegen wurde Mitte der 1990er Jahre weitgehend privatisiert. Bis 1995 hatten Ölkonzerne, die sich mehrheitlich im Staatsbesitz befanden, noch einen Anteil von 80 % an der russischen Erdölproduktion. Durch die Privatisierungsauktionen Ende 1995 ging die Mehrheit an drei großen Ölkonzernen (Jukos, Sidanko und Sibneft) an private Investoren, die sogenannten Oligarchen. Lukoil gelangte durch die Privatisierung unter die Kontrolle sei-

nes Managements. In den folgenden Jahren wurden weitere staatliche Ölbetriebe privatisiert, die alle von privaten russischen Ölkonzernen übernommen wurden.

Als der Privatisierungsprozess in der russischen Erdölwirtschaft im Jahre 2002 abgeschlossen war, verblieben noch drei Unternehmen im Staatsbesitz. Rosneft mit einem Anteil von etwa 14 % an der russischen Erdölförderung gehörte dem föderalen Zentrum. Tatneft und Baschneft mit einem gemeinsamen Anteil von 9 % an der russischen Produktion gehörten der Regionalverwaltung von Tatarstan bzw. Baschkortostan.

Mit der Jukos-Affäre setzte 2005 eine Trendwende ein. Im Zuge der Affäre übernahm das staatliche Erdölunternehmen Rosneft de facto den Jukos-Konzern. Ziel war es offensichtlich, mit Rosneft eine starke nationale Erdölfirma zu schaffen. Gleichzeitig entwickelte Gazprom Ambitionen auf einen Einstieg in die Erdölwirtschaft. Da es bei Jukos nicht den Zuschlag erhielt, erwarb es stattdessen Sibneft, welches anschließend in Gazprom Neft umbenannt wurde. Die beiden Übernahmen erhöhten den Staatsanteil an der Erdölproduktion 2005 auf 34 %.

Viele Beobachter sahen damit das Ende der privaten Erdölkonzerne in Russland eingeläutet. Ausländische Investoren wurden in den folgenden Jahren zurückgedrängt und die staatlichen Ölfirmen wurden bei der Vergabe von Förderlizenzen bevorzugt, was ihren Anteil an der Erdölproduktion bis 2008 auf 39 % erhöhte. Trotz aggressiver Rhetorik und administrativer Schikanen blieben jedoch die privaten russischen Erdölfirmen bestehen. 2009 wurde dann Baschneft von der Regionalverwaltung Baschkortostans an die Moskauer Investmentfirma AFK Sistema verkauft, womit der Staatsanteil an der Erdölproduktion zum ersten Mal seit 2004 wieder rückläufig war.

Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Grafik 8: Staatlicher Anteil an der Erdöl- und Erdgasproduktion (in %)

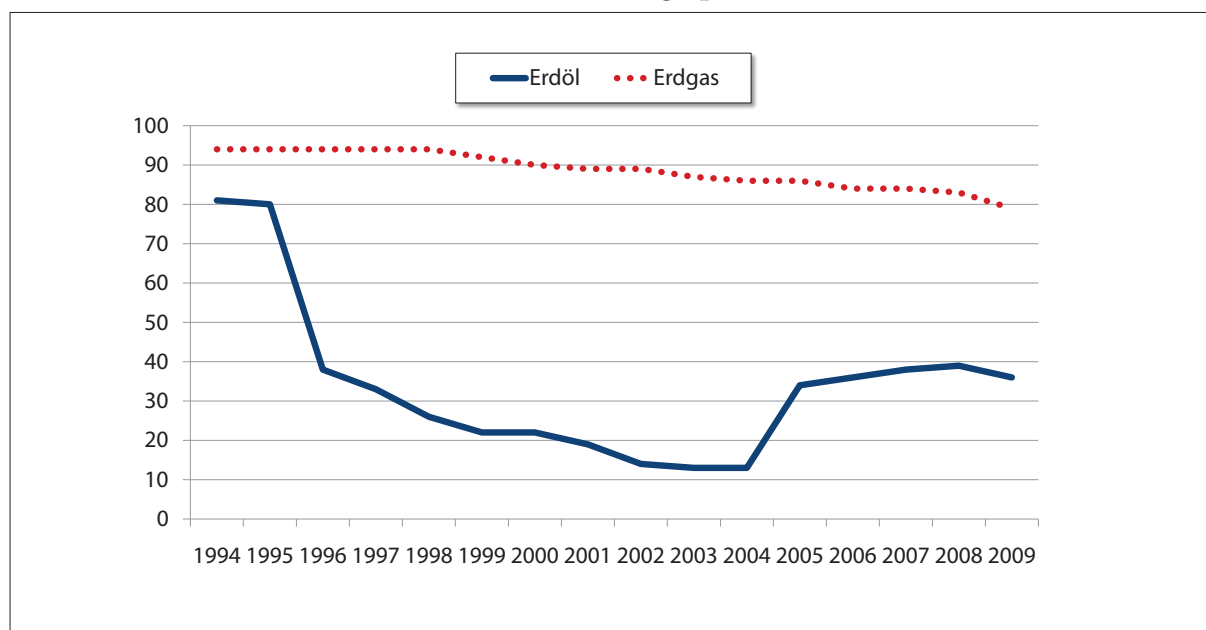
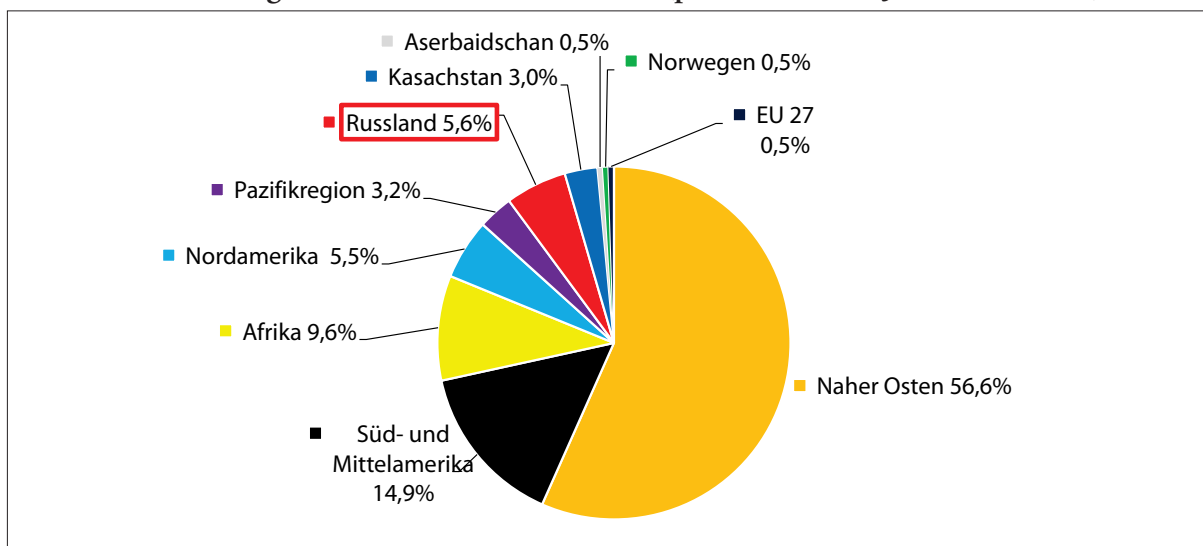


Tabelle 3: Staatlicher Anteil an der Erdöl- und Erdgasproduktion (in %)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Erdöl	81	80	38	33	26	22	22	19	14	13	13	34	36	38	39	36
Erdgas	94	94	94	94	94	92	90	89	89	87	86	86	84	84	83	79

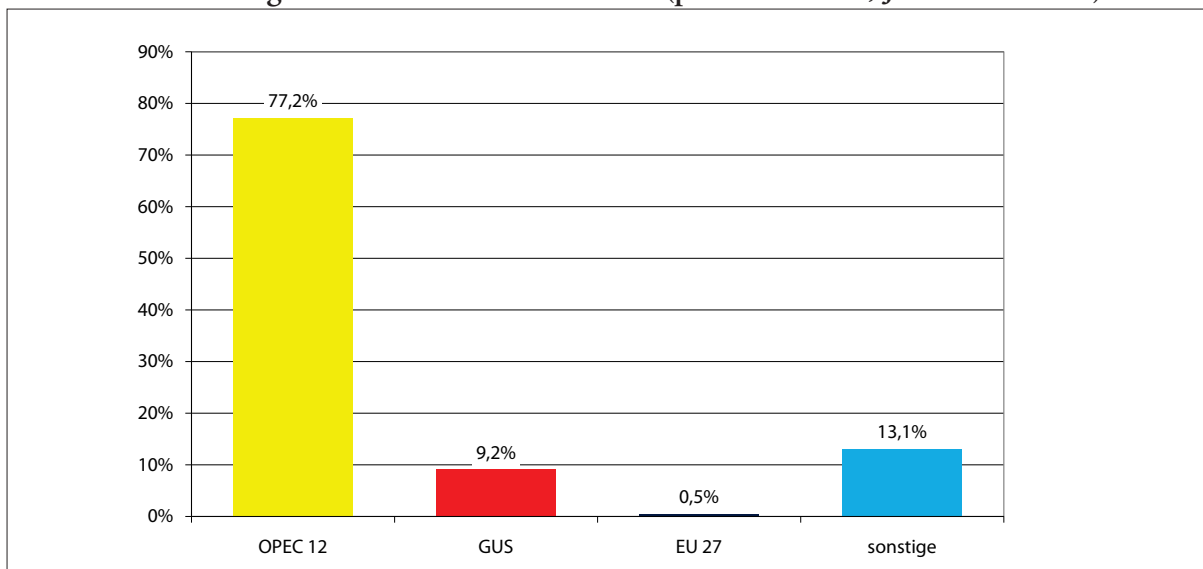
Russlands Erdöl- und Erdgaswirtschaft im internationalen Vergleich

Grafik 9: Verteilung der weltweiten Erdölreserven (proven reserves, Jahresende 2009)



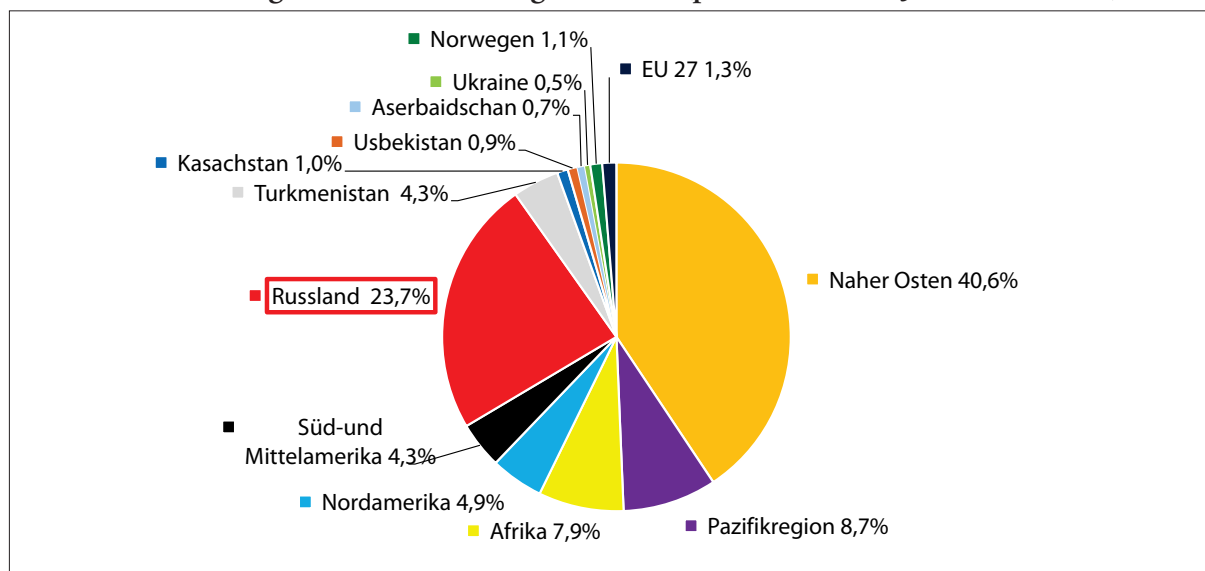
Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2010 <http://www.bp.com/statisticalreview>

Grafik 10: Verteilung der weltweiten Erdölreserven (proven reserves, Jahresende 2009)



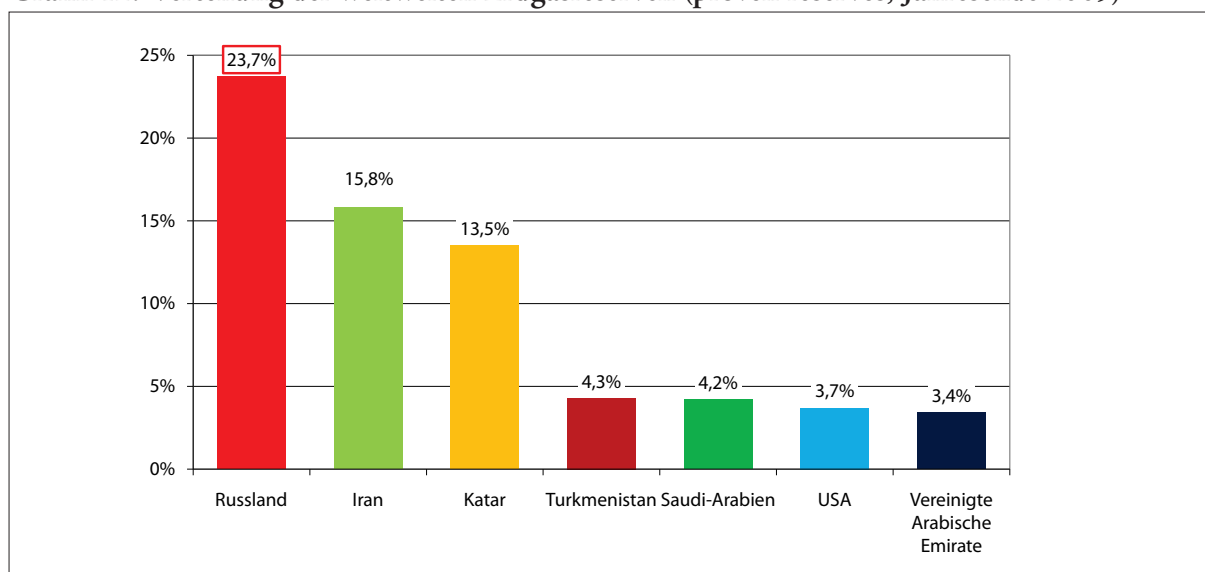
Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2010 <http://www.bp.com/statisticalreview>

Grafik 11: Verteilung der weltweiten Erdgasreserven (proven reserves, Jahresende 2009)



Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2010 <http://www.bp.com/statisticalreview>

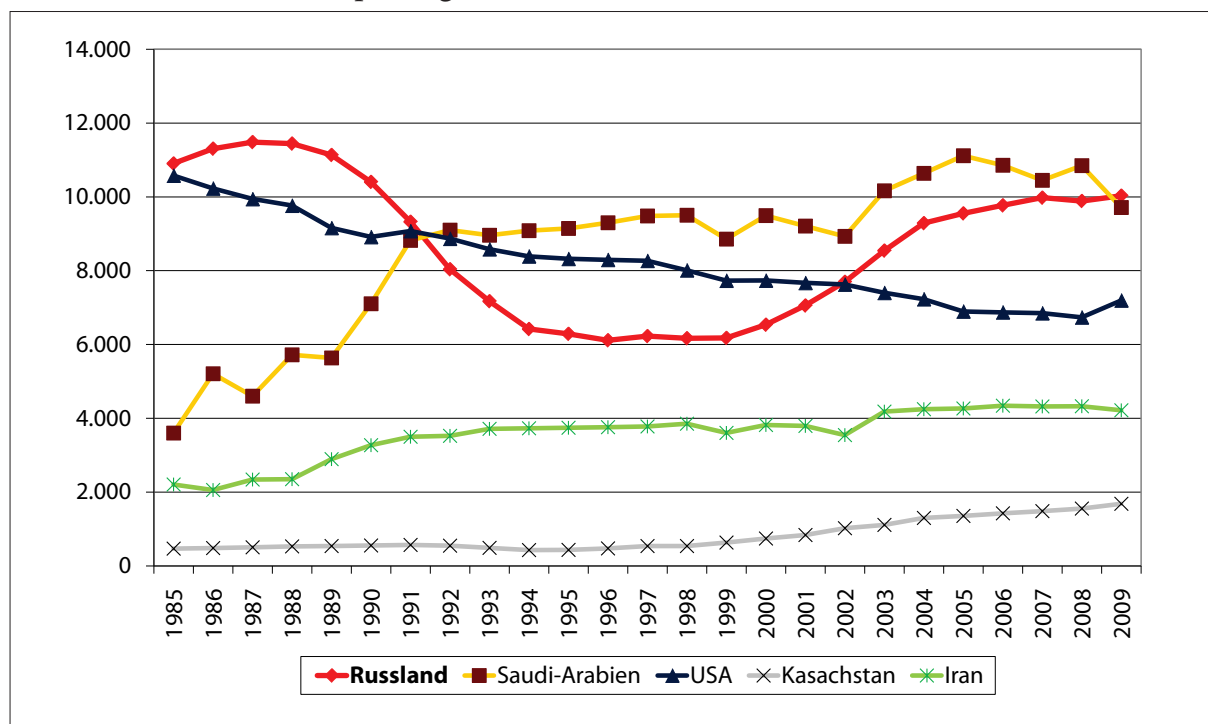
Grafik 12: Verteilung der weltweiten Erdgasreserven (proven reserves, Jahresende 2009)



Anm.: Alle Staaten mit einem Anteil von über 3 %

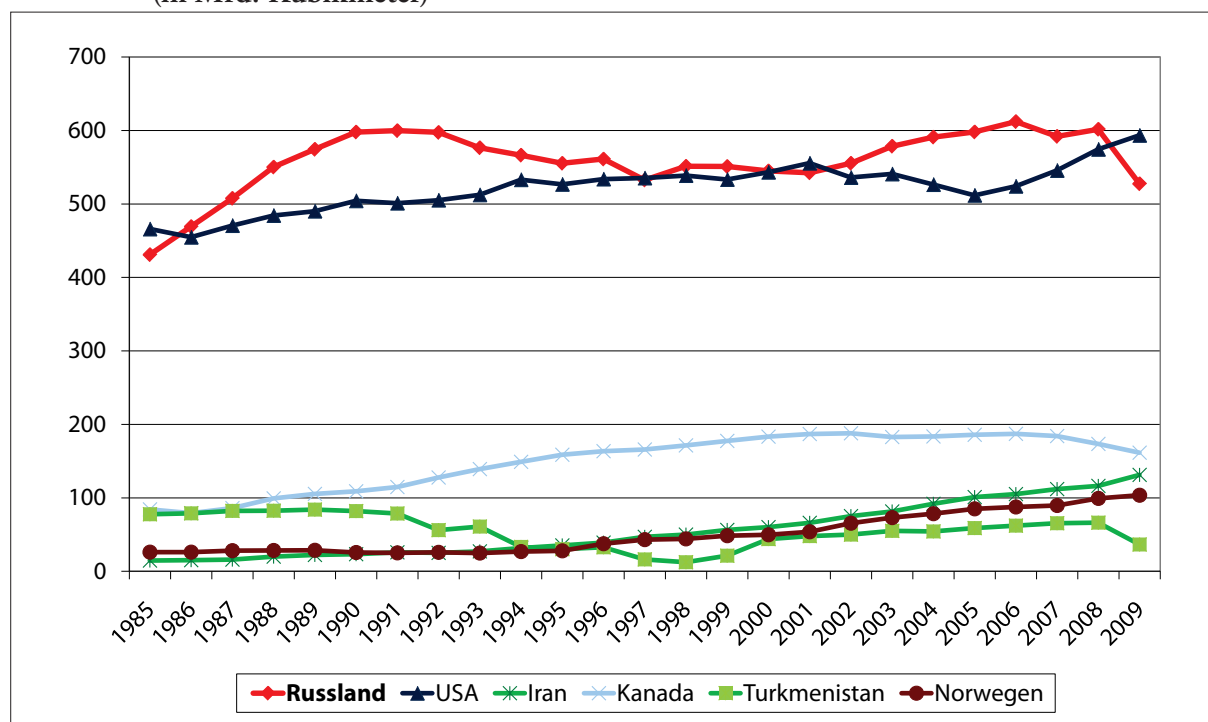
Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2010 <http://www.bp.com/statisticalreview>

Grafik 13: Russlands Erdölproduktion im internationalen Vergleich 1985–2009
(in Tsd. Barrels pro Tag)

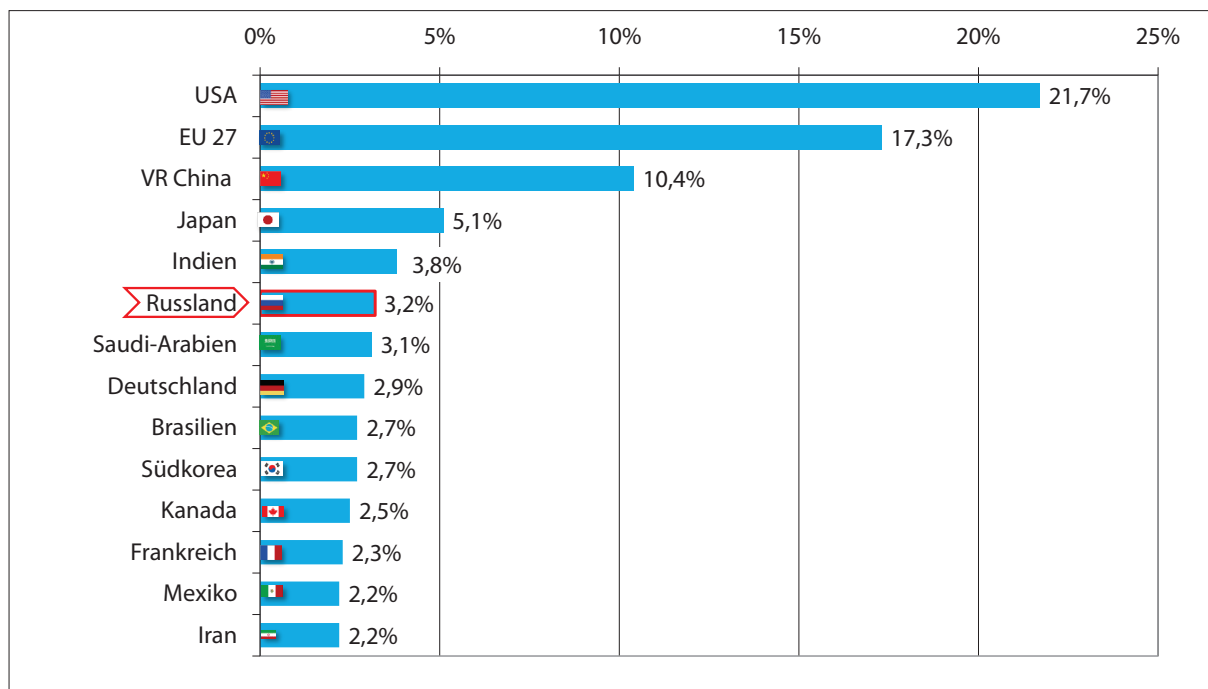


Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2010 <http://www.bp.com/statisticalreview>

Grafik 14: Russlands Erdgasproduktion im internationalen Vergleich 1985–2009
(in Mrd. Kubikmeter)

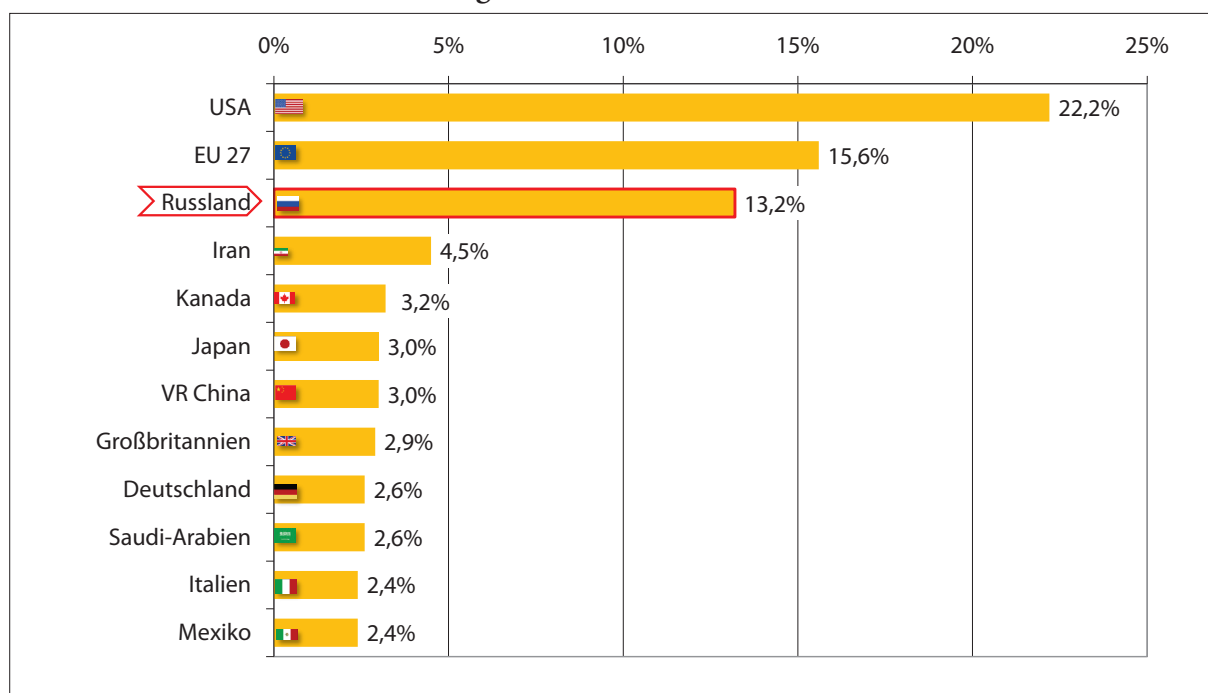


Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2010 <http://www.bp.com/statisticalreview>

Grafik 15: Anteil am weltweiten Erdölverbrauch 2009

Anm.: Alle Staaten mit einem Anteil von über 2% sowie zum Vergleich die EU

Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2010 <http://www.bp.com/statisticalreview>

Grafik 16: Anteil am weltweiten Erdgasverbrauch 2009

Anm.: Alle Staaten mit einem Anteil von über 2% sowie zum Vergleich die EU

Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2010 <http://www.bp.com/statisticalreview>

Vom 10. bis zum 24. März 2010

10.03.2011	US-Vizepräsident Joseph Biden verleiht bei seinem Besuch in Moskau Jewgenija Tschirikowa, Vorsitzende der Bewegung zum Schutz des Walds von Chimki, den »International Women of Courage Award«. Dieser Preis wurde 2007 von der damaligen US-Außenministerin Condoleezza Rice geschaffen und wird an Frauen verliehen, die sich couragiert für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte einsetzen.
11.03.2011	Wegen des schweren Erdbebens vor der japanischen Küste und der folgenden Tsunami-Warnung werden auf den Kurilen mehrere Siedlungen evakuiert.
11.03.2011	Der UN-Sicherheitsrat setzt Doku Umarow, den Führer des Untergrundkampfes im Nordkaukasus und selbsternannten »Emir des kaukasischen Emirats«, auf die Liste der gefährlichsten Terroristen. UN-Mitgliedsstaaten ist demnach jegliche Unterstützung, einschließlich der Bereitstellung von Waffen und Finanzmitteln, untersagt.
13.03.2011	In Russland finden am »Einheitlichen Wahltag« ca. 3.200 Wahlen auf allen Ebenen in 74 der 83 Föderationssubjekte statt. In 12 Föderationssubjekten finden Wahlen zur regionalen gesetzgebenden Versammlung statt. Die Regierungspartei »Einiges Russland« bleibt in diesen Föderationssubjekten stärkste Kraft, erleidet aber Einbußen: Republik Adygeja: Einiges Russland – 58,04 % (Wahlbeteiligung 49,90 %); Republik Dagestan: 65,46 % (84,54 %); Republik Komi: 50,53 % (49,79 %); Gebiet Kaliningrad: 41,27 % (43,43 %); Gebiet Kirow: 36,70 % (47,58 %); Gebiet Kursk: 44,75 % (52,45 %); Gebiet Nishnij Nowgorod: 42,98 % (44,76 %); Gebiet Orenburg: 41,54 % (47,67 %); Gebiet Tambow: 65,10 % (53,62 %); Gebiet Twer: 39,79 % (37,91 %); Chanty-Mansijsk: 44,06 % (44,81 %); Tschukotka: 71,19 % (76,33 %).
14.03.2011	In Minsk beschließt die Kommission der Zollunion, ab 1. April 2011 die Transportkontrollen zwischen Belarus und Russland einzustellen, die zwischen Russland und Kasachstan ab 1. Juli 2011.
15.03.2011	Der schwere Störfall im japanischen Atomkraftwerk Fukushima, dessen Reaktoren außer Kontrolle zu geraten scheinen, führt in der Bevölkerung in der russischen Fernostregion zunehmend zu Unruhe. Im Gebiet Kamtschatka sind nach Angaben der lokalen Gesundheitsbehörde Jodtabletten ausverkauft. Die Behörden versuchen, die Bevölkerung zu beruhigen. Es werden regelmäßig Messungen der Radioaktivität vorgenommen.
16.03.2011	Präsident Dmitrij Medwedew und der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan vereinbaren, ab 1. Mai 2011 für Reisen bis zu 30 Tagen beidseitig die Visapflicht abzuschaffen. Die Türkei ist eines der beliebtesten Reiseziele für russische Touristen.
18.03.2011	Dmitrij Medwedew teilt auf einer erweiterten Sitzung des Verteidigungsministeriums mit, dass bis 2020 20 Billionen Rubel (ca. 500 Mrd. EUR) für die Umsetzung des Staatlichen Verteidigungsprogramms 2011–2020 bereitgestellt werden. Der Anteil moderner Waffen und Technik in den Streitkräften soll in diesem Zeitraum auf 70 % erhöht werden.
18.03.2011	Bei einem Treffen zwischen Ministerpräsident Wladimir Putin und seinem kirgisischen Amtskollegen Almasbek Atambajew wird vereinbart, die Pachtgebühren für den russischen Militärstützpunkt in Kirgisien nicht zu erhöhen. Kirgisien erklärt sich bereit, 48 % der Aktien des kirgisischen Verteidigungskonzerns »Dastan« an Russland und 75 % von »Kyrgyzgaz« an Gazprom zu verkaufen. Im Gegenzug stellt Putin einen zinslosen Kredit über \$30 Mio. in Aussicht.
21.03.2011	Das russische Justizministerium verweigert der »Russischen Piratenpartei« die Registrierung, da deren Name dem russischen Parteiengesetz widerspricht. Dieser würde vermuten lassen, dass die Parteimitglieder Straftäter seien.
21.03.2011	Dmitrij Medwedew entlässt sechs Generäle aus dem Apparat des Innenministeriums. Entlassen werden der Abteilungsleiter für Transportsicherheit im Nord-Kaukasus, die Abteilungsleiter des Innenministeriums in den Bezirken Twer und Tambowsk sowie die Leiter des sibirischen und des Tjumeners juristischen Instituts des Innenministeriums.

22.03.2011	Die russische Staatsduma lehnt einen Antrag des tschetschenischen Parlamentes auf Änderung von Artikel 81 der russischen Verfassung ab. Das Gesetz legt fest, dass ein russischer Präsident diese Position nicht mehr als zwei Amtszeiten innehaben darf.
23.03.2011	Wladimir Jakunin, der Direktor der Russischen Eisenbahnen (Rossijskie schelesnye dorogi, RSchD), erklärt, dass RSchD einen eigenen Sicherheitsdienst aufbauen will.
23.03.2011	Präsident Dmitrij Medwedew unterschreibt das Gesetz »Über die grundlegenden Garantien des Wahlrechts«, das vorsieht, dass in regionalen Parlamenten mit mehr als 20 Abgeordneten mindestens die Hälfte nach dem Verhältniswahlrecht und die andere Hälfte nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt werden soll. Diese teilweise Abschaffung des Mehrheitswahlrechts soll Medwedew zufolge die Rolle der Parteien in den Regionen vergrößern.
23.03.2011	Die Untersuchungsbehörden nennen die Namen des leitenden Personals des Sajano-Schuschensker Wasserkraftwerks, darunter den Direktor des Kraftwerks, die wegen Verletzung von Sicherheitsvorschriften mit Todesfolge angeklagt werden sollen. Bei der durch einen Unfall verursachten Überflutung des Wasserkraftwerks am 17. August 2009 waren 75 Menschen umgekommen.
23.03.2011	Präsident Dmitrij Medwedew unterschreibt ein Gesetz, das erleichterte Aufenthaltsregelungen für ausländische Fachkräfte in Russland vorsieht.
24.03.2011	Das Meinungsforschungsinstitut »Lewada-Center« veröffentlicht eine Umfrage, wonach das Vertrauen in Präsident Dmitrij Medwedew von 43 % im März 2010 auf 34 % und in Premierminister Wladimir Putin von 50 % im gleichen Monat des Vorjahres auf 39 % gesunken ist.
24.03.2011	Der Rat für Menschenrechte und für die Entwicklung der Zivilgesellschaft beim Präsidenten Russlands beginnt die Erstellung eines unabhängigen Gutachtens zum sogenannten »zweiten Jukos-Prozess«, bei dem Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew am 30.12.2010 zu je 14 Jahren Haft verurteilt worden waren. Des Weiteren soll die Kommission, die das Gutachten erstellt, auch ein Gutachten zum Fall des Anwalts des Fonds »Hermitage Capital« Sergei Magnitskij erstellen, der am 16.11.2009 in der Untersuchungshaft gestorben war.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de